

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohrenmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postverteilungsliste Nr. 4568) vierfachjährlich 2,10 Mr., für 2 Monate 1,40 Mr., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltenen Petizzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwerer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer fällt 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 10/21. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Zu den Landtagswahlen.

\* Leipzig, 10. Juni.

Die Vorbereitungen zu den sächsischen Landtagswahlen lassen wieder die Moleküle zwischen Konservativen und Nationalliberalen um die bisher von Sozialdemokraten innegehabten Mandate in Erhebung treten. Und wie in den letzten beiden Wahlperioden sind auch diesmal wieder die Nationalliberalen die Gespöttten. Sie werden von den Konservativen, ganz wie bei den Reichstagswahlen, an die Wand gedrückt, obwohl sie als Repräsentanten des mobilen Kapitals in dem industriellen Sachsen eigentlich den Konservativen den Rang ablaufen müssten. Dazu fehlt ihnen freilich die persönliche Charakterfestigkeit ebenso, wie eine feste politische Richtschnur, die sie vorteilhaft von den Konservativen abheben müsste.

Wer erinnert sich nicht der Zeit, als die beiden Parteien aus Angst vor der Sozialdemokratie am Schlüsse jeder Landtagsession feierlich das Kartell für die nächsten Landtagswahlen erneuerten? Trotzdem das ehemalige Censuswahlssystem der Erwerbung von Mandaten uns, den Sozialdemokraten, gewisse Grenzen zog, so daß an eine Erringung der Mehrheit nicht zu denken war, sollte doch das Kartell jede der beiden Parteien vor dem Verlust von Mandaten an die Sozialdemokratie denken. Es mußte jedoch nicht viel; und besonders in den Industriebezirken nahm die Sozialdemokratie West von Wahlkreisen, die sonst liberal gewählt hatten. Die konservative Hilfe bewahrte also die kartellistischen Nationalliberalen nicht vor dem Verlust, während die Nationalliberalen in mehr ländlichen Kreisen ihren Einfluß durch rücksichtlose Unterstützung der Konservativen völlig aufgaben.

Diese politische Kursichtigkeit kommt nun den Nationalliberalen unter dem Dreiklassenwahlssystem teuer zu stehen. Jetzt, wo die Konservativen sozialdemokratische Wahlerfolge nicht mehr fürchten, versichern sie mit ihren ehemaligen Kartellgenossen geradezu brudermördisch. Anstatt ihnen die Industriekreise, die früher liberale Vertreter wählten, wieder zu überlassen, nachdem daß „elendste aller Wahlssysteme“ die Sozialdemokraten verdrängt hat, reihen die Konservativen diese Kreise an sich und die Nationalliberalen müssen dem zusehen, wie die betrübten Vöhrer, denen die Zelle fortschwimmen. Darüber empfinden wir die lebhaftesten Schadenfreude. Es geschieht diesen Wahlrechtsräubern recht, daß sie von ihren Spießgenossen übers Ohr gehauen werden.

Wie heuchlerisch bekundete seiner Zeit der verstorbene nationalliberale Abgeordnete Georgi den Sozialdemokraten gegenüber seine Zweifel, als ihm bedient wurde, er müsse sich doch klar sein, daß mit dem Dreiklassenwahlssystem die Opposition gänzlich verdrängt werden sollte. Im Innern freute er sich jedoch schon darauf, denn es schwelten ihm nationalliberale Erfolge vor den Augen. Aber er

mußte es noch erleben, wie seine Hoffnungen von den Konservativen brutal zertreten wurden, die die Teilung der Mandate so verstehen, daß ihnen so viel Wahlkreise gehören müssen, wie sie selbst wünschen. Wie muß das die Nationalliberalen schmerzen!

Nicht genug damit, werden die Nationalliberalen insfern noch mehr gedemütigt, als die Konservativen vor dem Lande sich als konsequente Vertreter gewerblicher Interessen aufspielen, indem sie die Nationalliberalen als zweideutige Politiker hinstellen. Und all das nimmt die nationalliberale Sippschaft hin, ohne ernsthaft zu reagieren.

Unter solchen Umständen kann es der Sozialdemokratie nicht schwer fallen, ihre Taktik bei den Landtagswahlen zu bestimmen. Was müssen denn dem werkthätigen Volke die Vertreter einer solchen charakterlosen Partei im Landtage? Haben sie etwa den Willen und die Kraft, der konservativen Rückwärtsgewalt ernstlich und mit Erfolg entgegenzutreten? Das hätten sie ja bei der Befestigung des Wahlrechts und bei vielen anderen Gelegenheiten gekonnt; sie könnten es nicht, weil sie sich von den konservativen Reaktionären nur dem Namen nach unterscheiden.

Es ist daher auch nicht das mindeste Gewicht darauf zu legen, wenn einzelne nationalliberale Zeitungen gelegentlich eine Änderung des Dreiklassenwahlssystems als wünschenswert in Aussicht stellen. Selbst wenn nationalliberale Landtagskandidaten uns feierlich versprechen, für die Befestigung des Dreiklassenwahlssystems einzutreten, zu wollen, liege uns das fast. Was kann so ein armer Schlucker thun, der von seinen eigenen Genossen, die dem Volke das Wahlrecht raubten, an der Ausführung der guten Absicht gehindert, wenn nicht gar bekämpft würde?

Nein, nein! Es müssen ganz andere Faktoren wirken, wenn das Dreiklassenwahlssystem befehligt werden soll. Ehe die Nationalliberalen an eine Befestigung des Dreiklassenwahlssystems denken, müßte die Furcht vor dem unabweislich bekundeten Unwillen der erdenkenden Mehrheit des Volkes erst konservative und Regierung zwingen, eine Änderung einzutreten zu lassen. Und auf die Errreichung eines solchen Zustandes muß unsere Agitation gerichtet werden. Möglich, daß inzwischen lokale oder sonstige Verhältnisse der Sozialdemokratie selbst unter dem Dreiklassenwahlssystem ein oder das andere Mandat erobern helfen, aber auch dieser etwaige Erfolg dürfte nur Mittel zu dem vorgenannten Zweck sein.

Die Einseitigkeit des Dreiklassenlandtags, seine Unfähigkeit, in die finanzielle Sachsen-Ordnung zu bringen, seine Abneigung, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung nur die allermindeste Aufmerksamkeit zu widmen, seine Sucht, den Staat für die besitzenden Klassen auszupielen — gibt unserer Agitation Stoff genug, bei Landtagswahlen gegen die politische Demoralisierung Sachsen's kräftig aufzutreten, die oppositionelle Stimmung im Lande zu verstärken und Siege der Sozialdemokratie für andere kommende Aktionen vorzubereiten. Es ist

nichts — kein Wort und kein Pfennig — verloren, der bei Landtagswahlen in diesem Sinne ausgegeben wird. Unser Ziel ist höher gerichtet, als auf die bloße Erringung von Mandaten, die, als Mittel zum Zweck, freilich auch den Wert haben, daß an der höchsten Stelle des Landes, in der Gesetzgebung gesetzt und gefordert werden kann, was dem Volke not thut.

Wie mächtig wirkte seiner Zeit die Volksstimmung auf den Reichstag, als die Sozialdemokratie den Kampf gegen die lex Heinze führte. Unter der Wucht des Volksunwillens brach das reaktionäre Machwerk zusammen.

Nun ist allerdings der sächsische Landtag nicht mit Parteien durchsetzt, wie der Reichstag, eine ähnliche Situation ist darum im Landtage nicht zu denken. Aber auch die konservative, reaktionäre Mehrheit im Landtage kann gebändigt werden, nur müßte der Wille oder Unwille des Volkes mit noch elementarer Wucht zum Ausdruck kommen, als in jenem Falle.

Das zu erreichen, mag manchem zu schwer und die Landtagswahl nicht dazu geeignet erscheinen; ja, mancher Genosse mag vielleicht sagen, wenn wir das Volk in seiner großen Mehrheit auf unserer Seite haben, dann ist weit mehr zu erreichen. Möglich! Jedoch, wer mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnet, weiß wohl, mit welchen Einschüchterungsmitteln die Gegner wirken, wie tief der Indifferenzpunkt, die politische Unwissenheit bei vielen noch wurzelt, wie aber selbst der Indifferente aufbäumt, wenn ihm zu viel zugemutet wird.

Die starken Zunahmen der herrschenden Klassen, speziell der hierin vorangehenden Konservativen, muß gegenwärtig der Indifferente verspielen. Wenn Steuererhöhung und Lebensmittelverteterung angleich drohen, so bringt das sogar Sechsdreier-Rentiers in Aufwallung. Nun drohen wirklich beide Nebel.

Für die Bevölkerung Sachsen steht die Sache gar noch schwächer. Das voransichtliche Reichsdeficit lädt neue Steuerprojekte im Kopfe der Reichsfinanzleiter reisen. In Sachsen ist außerdem infolge der zusammengeflossenen Staatsfinanzen bereits ein 40—50 prozentiger Zuschlag auf Einkommensteuer angekündigt. Der sächsische Staatsbürger wird also doppelt und dreifach angezapft. Und die Ursache dieser schönen Aussicht? Konservative Wirtschaft!

Gegen sie muß sich bei den Landtagswahlen der Hauptangriff richten, unbeschadet der Bekämpfung nationalliberaler Dreiklassenkandidaten, wo solche auftreten.

Und wo mehrere Kandidaten der beiden Parteien auftreten, wird man sie nach der Thatache beurteilen und bekämpfen müssen, daß beide Parteien an dem Wahlrechtsraube beteiligt sind und daß beide zur Finanzkalamität in Sachsen, wie im Reiche, beigetragen haben. Von keiner ist etwas Gutes zu erhoffen — damit ist ihr Urteil gefällt. Der Kampf kann also beginnen. Die Sozialdemokratie wird ihren Mann stellen.

unglücklich sah. Aber schon hatte sie ihre Thränen getrocknet.

„Nein, nein, es ist nichts. Verzeihen Sie meine Thorheit. Sie treffen mich gerade in einem schlechten Augenblick, wo ich mir dumme Gedanken mache und mich unnötig abhärme.“

Aber so sehr sie sich auch sträubte, er brachte sie dazu, daß sie ihm ihr Herz ausschüttete. Nagu konnte sich in diese friedliche und geordnete Lebensweise, in das langsame und ausdauernde Emporarbeiten, zu einer besseren Existenz nicht hineinfinden. Er schien Heimweh zu haben nach dem Elend und den Leiden der Lohnsklaverei, an die er sich gewöhnt hatte, für die er Trost in der Schänke und in ohnmächtigen Worten der Empörung fand. Er vermied die schwarzen und schmutzigen Werkstätten, den Stollen, geheimen Kampf mit den Vorgesetzten, die brutalen Streitigkeiten mit den Kameraden, die Tage voll Hass und Nut, die damit endeten, daß man zu Hause das Weib und die Kinder schlug. Nachdem er sich zuerst in Spottreden Luft gemacht hatte, war er nun bei den Schimpfreben angelangt, nannte die Grecherie eine große Kaserne, ein Gefängnis, wo man gar keine Freiheit hatte, nicht einmal die, einmal ein Gläschchen mehr zu trinken, wenn man Lust dazu bekam. Dabei verdiente man gar nicht mehr als in der Hölle und hatte obendrein allerlei Sorgen, war der Gefahr ausgesetzt, daß das ganze Unternehmen schief ging, daß bei der Gewinnteilung gar nichts auf einen kam. So ließen seit zwei Monaten sehr böse Gerüchte um, es hieß, daß man sich dieses Jahr werde sehr einschränken müssen, weil neue Maschinen anzuschaffen waren. Und in den Gewerbeschafftsmagazinen ging es auch oft genug sehr un-

wenn man Petroleum bestellt hatte; manchmal vergaß sie die Bestellung ganz, und man mußte dreimal hinzulaufen, ehe man endlich bekam, was man wollte. So hörte er und schmähte er, nannte die ganze Grecherie eine elende Bude, der er sobald als möglich den Rücken lehren werde.

Es folgte ein peinliches Schweigen. Lucas' Stirn hatte sich verdüstert, denn es lag ein Körnchen Wahrheit in allen diesen Beschuldigungen. Das waren die unvermeidlichen Reibungen und Hemmungen der noch neuen Maschine. Und besonders die Gerüchte, die über die Schwierigkeiten dieses Jahres umliefen, gingen ihm um so mehr zu Herzen, als er in der That fürchtete, daß er werde von den Arbeitern einige Opfer verlangen müssen, um das Gedehnen des Unternehmens nicht zu gefährden.

„Und Bourron stimmt in das Geschrei Nagus mit ein, nicht wahr?“ sagte er. „Aber Sie werden noch nicht gehört haben, daß Bonnaire sich beklagt hätte?“

Josine schüttelte verneinend den Kopf. In diesem Augenblitc drangen die lauter gewordenen Stimmen der draußen stehenden drei Frauen durchs Fenster herein. Am lautesten die der Tonpe, die in ihrer gewohnten boshaften Art kreiste und zeterte. Wohl schwieg Bonnaire, der gelassene, überlegte Mann, der klug genug war, den Erfolg eines langwierigen Versuches abzuwarten zu können, aber die Zunge seiner Frau genügte, um sämtliche Weiber des heranwachsenden Gemeinwesens aufzureißen. Und Lucas sah sie wieder vor sich, wie sie der Fauchard allen Mut benahm und den baldigen Untergang der Grecherie vorhersagte.

„Also Sie sind nicht glücklich, Josine?“ fragte er.

## Seuilleton.

Rückend verboten.

## Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Gola.

Mit einem leichten Zusammuzucken erwachte Josine aus ihrem trüben Sinn, als ob ein Hauch ihr die Nähe desjenigen angekündigt hätte, an den sie dachte. Sie wandte sich um und sah Lucas, der sie mit teilnahmsvollem Lächeln betrachtete.

„Ich bin gekommen, liebes Kind, weil Nagu mir sagte, daß Sie sich in diesem Hause sehr schlecht befinden, daß es dem vollen Windanfall von der Ebene her ausgesetzt ist und daß der Sturm wieder drei Scheiben in Ihrem Schlafzimmer zerbrochen hat.“

Sie hörte ihn verwirrt und betroffen an und wußte nicht, was sie sagen sollte, um ihren Mann nicht Lügen zu strafen und doch auch selbst nicht zu liegen.

„Ja, Herr Lucas, es sind einige Scheiben zerbrochen, aber ich weiß nicht gewiß, ob das der Wind gethan hat. Freilich, wenn der Wind von der Ebene her weht, bekommen wir unser gutes Zeil davon.“

Ihre Stimme zitterte, sie konnte zwei schwere Thränen nicht zurückhalten, die ihr über die Wangen herabrollten. Nagu war es, der in einem Wutanfall die Scheiben zerbrochen hatte, als er alles zum Fenster hinauswarf wollte.

„Wie, Josine, Sie weinen?“ Was fehlt Ihnen? Sagen Sie mir alles, Sie wissen, daß ich Ihr Freund bin.“

Er hatte sich neben sie gesetzt, sehr bewegt, als er sie

ordentlich zu; manchmal sandten sie einem Kartoffeln, langsam,

unglücklich sah. Aber schon hatte sie ihre Thränen getrocknet.

„Nein, nein, es ist nichts. Verzeihen Sie meine Thorheit. Sie treffen mich gerade in einem schlechten Augenblick, wo ich mir dumme Gedanken mache und mich unnötig abhärme.“

Aber so sehr sie sich auch sträubte, er brachte sie dazu, daß sie ihm ihr Herz ausschüttete. Nagu konnte sich in diese friedliche und geordnete Lebensweise, in das langsame und ausdauernde Emporarbeiten, zu einer besseren Existenz nicht hineinfinden. Er schien Heimweh zu haben nach dem Elend und den Leiden der Lohnsklaverei, an die er sich gewöhnt hatte, für die er Trost in der Schänke und in ohnmächtigen Worten der Empörung fand. Er vermied die schwarzen und schmutzigen Werkstätten, den Stollen, geheimen Kampf mit den Vorgesetzten, die brutalen Streitigkeiten mit den Kameraden, die Tage voll Hass und Nut, die damit endeten, daß man zu Hause das Weib und die Kinder schlug. Nachdem er sich zuerst in Spottreden Luft gemacht hatte, war er nun bei den Schimpfreben angelangt, nannte die Grecherie eine große Kaserne, ein Gefängnis, wo man gar keine Freiheit hatte, nicht einmal die, einmal ein Gläschchen mehr zu trinken, wenn man Lust dazu bekam. Dabei verdiente man gar nicht mehr als in der Hölle und hatte obendrein allerlei Sorgen, war der Gefahr ausgesetzt, daß das ganze Unternehmen schief ging, daß bei der Gewinnteilung gar nichts auf einen kam. So ließen seit zwei Monaten sehr böse Gerüchte um, es hieß, daß man sich dieses Jahr werde sehr einschränken müssen, weil neue Maschinen anzuschaffen waren. Und in den Gewerbeschafftsmagazinen ging es auch oft genug sehr un-

Sind wir uns klar über unsere allgemein einzuschlagende Taktik, dann wird die Kleinarbeit um so leichter von statthen gehen. Die Landesversammlung hat bereits Vorarbeiten getroffen und Anweisung zu weiterem Handeln gegeben. Nun ist es an den Genossen in den einzelnen Kreisen, je nach den dortigen Verhältnissen die Agitation in die richtigen Wege zu leiten.

Es ist unseren Gegnern nicht wohl uns Herz, wenn sie unserer Notsituation im Kampfe, unserer Opferfreudigkeit und ihrer eigenen Misschancen gedenken. Nun wollen wir ihnen bei den Landtagswahlen einen neuen Beweis von der Kraft unserer Partei geben. Der Kampf soll uns eine Freude sein, um so mehr, als wir für die Rechte und Forderungen des werthältigen Volkes kämpfen.

## Politische Übersicht.

### Der neue Dreibund.

Aus dem Haag, der geschichtlichen Stätte des internationalen Friedenkongresses, kommt eine neue Friedenslunde. Hirsch's Telegrafenbüro berichtet:

Nachdem in den Beziehungen Deutschlands zu dem Zweibund in jüngster Zeit eine herzliche Intimität eingetreten ist, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu erwarten war, dürfte eine Annahme dieser Beziehungen in nächster Zeit in Erachtung treten. Die großen Truppenrevenus in Berlin und Potsdam haben hierzu zwar in außerordentlicher Weise Veranlassung gegeben, doch sind sie nicht Ursache der letzten Berliner Vorgänge.

Nicht Ursache — also wohl ein Symptom der bestehenden "herzlichen Beziehungen" zwischen Deutschland und dem Zweibund, der seine Spitze, wie bisher allgemein angenommen wurde, gegen Deutschland richtet. Herr v. Bülow ist doch ein Tausendhasser! Eben erst ist das europäische Konzert in China mit den grössten Misserfolgen ausgetragen, da findet sich als Bilanz der chinesischen Expedition für das Reich, dass Deutschland dort den Weltfrieden realisiert hat. Das geistige Testament des Zaren ist perfekt geworden. Und die Lösung des Rätsels des Weltfriedens? Sehr einfach, das reine Gedankenspiel Kolumbus: Deutschland hat mit dem Zweibund einen neuen Dreibund gegründet, der freilich nur für die chinesische Angelegenheit berechnet ist, den chinesischen Dreibund. So sind wir glücklich in Europa mit Österreich-Ungarn und Italien gegen den Zweibund und in Asien mit dem Zweibund gegen Gott weiß wen alliiert. Wir sind mit aller Welt gegen alle Welt verbündet. Der Anfang des ewigen Friedens ist da. Worauf sich die Philosophen aller Zeiten die Köpfe zerbrochen, worüber die Staatsmänner der modernen Kulturstaten im Haag ganze Wochen beraten — Graf Bülow hat es erreicht und mit lächelnder Sicherheit weist er auf die Stellung hin, die Deutschland nun im Rale der Völker einnimmt. Der alte Bismarck pflegte beratige Zwischenverträge und "Rückversicherungen" mit dem liebsten diplomatischen Geheimnis zu verhüllen und höchstens ein oder zwei Jahrzehnte nachher öffentlich preiszugeben, wenn es galt, einem Nachfolger Verlegenheiten zu bereiten. Graf Bülow hat andere Geplagenheiten. Er, der so beharrlich zu schweigen oder artige Richtigkeiten zu sagen weiß, wo, wie bei den jetzt schwedenden Tarifverhandlungen, die Oeffentlichkeit wohl ein Recht auf Information hätte, ergeht sich mit der Neidigkeit eines "arabischen Märchen-erzählers" über seinen neuesten Erfolg, wie er die bestehenden internationalen Beziehungen mit spielerischer Handbewegung aus der Welt weggestammt: er macht den Zweibund dadurch für Deutschland unschädlich, dass er — sich mit ihm verbündet. Ein derartiges Kunststück macht ihm so leicht kein Diplomat nach!

### Kohlensteuerung Nr. 2.

Auch für den kommenden Winter scheint ein Raubzug der Kohlenbarone in Vorbereitung zu sein. Am Sonnabend hat das westfälische Kohlenkonsortium getagt, heute kommt das rheinisch-westfälische Kohlenkonsortium zusammen. Nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, des Organs der Grubenbarone, hat, laut Vorstandsbüro, trotz der für Januar bis April d. J. in Wirklichkeit höheren als beschlossenen Einschränkungen der Verband in diesen Monaten die Verbandsziffern des gleichen Zeitraumes des Vorjahres beträchtlich übertroffen. Unter Einschluss des Monats Mai mit den beschlossenen 20prozentigen, tatsächlich aber 22prozentigen Einschränkung ergiebt sich gegen das Vorjahr ein Minderverband von 26000 Tonnen. Der Bericht kontrolliert, dass fortlaufend weitere Anträge auf Beschränkung der Zufuhren

Sie versuchte wieder zu leugnen.

"O, Herr Lucas, wie sollte ich nicht glücklich sein, nach allem, was Sie für mich gethan haben!"

Aber zugleich stiegen ihr wieder die verräterischen Thränen in die Augen und rollten über ihre Wangen herab.

"Sie sehen, Josine, Sie können es nicht leugnen, dass Sie nicht glücklich sind."

"Nein, ich bin nicht glücklich, Herr Lucas. Aber Sie können es nicht ändern, es ist nicht Ihre Schuld. Sie sind mein guter Engel gewesen, aber was soll man thun, wenn nichts das Herz dieses unglücklichen Mannes bessern kann. Er ist wieder so böse wie früher, er will Nanet nicht leiden, er hat gestern abend alles zerbrechen wollen und hat mich geschlagen, weil das Kind ihm angeblich ungewöhnliche Antworten gibt. Kümmern Sie sich nicht darum, Herr Lucas, diese Sachen gelten mich allein an, und ich verspreche Ihnen, dass ich mir sie so wenig als möglich zu Herzen nehmen werde."

Sie hatte mit schwacher, bebender Stimme gesprochen und brach nun in Schluchzen aus. Lucas fühlte schmerzlich seine Ohnmacht und wurde von wachsender Traurigkeit erfasst. Alle freudigen Gefühle des heutigen Vormittags waren verschwunden, ein eitiger Hauch des Zweifels, der Mutlosigkeit durchdrückte ihn, den sonst so Tapferen, dessen Kraft in seiner fröhlichen Zuberkeit lag. Die Dinge gehörten ihm, der materielle Erfolg kündigte sich in hoffnungsvoller Weise an, und nur die Menschen wollten sich nicht umbilden lassen, in ihrem Herzen wollte die göttliche Liebe, die fruchtbare Mutter der Güte und der Solidarität nicht gedeihen! Wenn die Menschen hasserfüllt und gewaltthätig blieben, konnte er sein Werk nicht vollenden; und wie die Liebe in ihnen erwecken, wie

einslaufen. Die Einschränkung für den Monat Juni wurde auf 25 Prozent festgesetzt.

Die nächste Folge der Produktions einschränkungen ist, natürlich die Kohlensteuerung. Man schafft zunächst eine künstliche Kohlennot durch Herabsetzung der Produktion und treibt dann die Preise in siebtem Verein mit den anderen Koalitionen der Produzenten in die Höhe. So wird's gemacht, und das Publikum zahlt die Kosten dieses "Geschäfts"!

## Deutsches Reich.

### Nur eine Kammerjungfer!

Das Specialorgan für allerlei Menschliches, Allzumenschliches, gleichgültig, ob sich dies bei Hose und in der Crème der Gesellschaft oder in den dunkelsten Liedern des Verbrechertums und der Prostitution ereignet, und das auch gelegentlich seine vertraulichen Hintertreppenverbindungen dazu benutzt, den Reichsanzeiger zu ersezten und über eine Kaiserrebe zu berichten, die sonst der Welt und Nachwelt vorerthalten geblieben wäre, der Berliner Lokalanzeiger stünde nicht auf der Höhe seiner Aufgabe, wenn er nicht über den Prozess gegen den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein etwas exquisit "Zuständiges" zu berichten hätte. In diesem Falle war es dem Sensationsblatt noch ganz besonders leicht gemacht, seine Leser aus erster Quelle zu informieren, da die bessige Partei Veranlassung zu haben glaubt, den Weg in die Oeffentlichkeit zu suchen. So ist es verständlich, dass das Blatt, vor dessen hohen Richterstuhl sonst die Sünden der Mächtigen wie der Gerlingsten dieser Welt mit unparteiischer, wirklich erfrischend-demokratischer Gründlichkeit und Behaglichkeit rapportiert und in ihren intimsten psychologischen Zusammenhängen analysiert werden, sich diesmal ausnahmsweise zum Anwalt der einen Partei aufstellt und dem bessigen hohen Herrn Gelegenheit giebt, — äh — Zeitungslesendes Publikum über Sache zu orientieren. Der Lokalanzeiger schreibt in zuständigem Auftrag:

"Es handelt sich in dem vorliegenden Falle nicht um eine Hosame sondern um die Kammerjungfer Milievski, die sich als Gräfin ausgab. Um die Prinzessin Amalie von dieser Umgebung zu befreien, hatte sich Kammerherr und Ceremoniemeister von Blumenthal nach Ägypten begeben. Die Verhaftung und Entfernung der Milievski erfolgte dann auf Veranlassung der ägyptischen Polizei. Die vorgefundene Gelder und Wertgegenstände, über die ein Ausweis nicht vorhanden war, wurden in amstliche Verwahrung genommen."

Die Kundgebung des Lokalanzeigers spricht für sich selbst. All die schweren Beschuldigungen, welche die "Kammerjungfer", von der man die Prinzessin "befreien" wollte, gegen die dienstbestellten Beamten des Herzogs erhebt, sind hier zugegeben. Im übrigen vertheidigt sich der Lokalanzeiger gegen einen der altherwürdigsten Grundsätze jeder Berichterstattung, dass man nämlich in einer Sache, über welche das Gericht erst noch zu erkennen haben wird, die Oeffentlichkeit nicht einseitig behelligt. Solange sub judicio lis est, d. h. solange der Prozess vor Gericht schwebt, ist dieses allein "zuständig" und nicht eine einzelne Partei, und wenn diese gesellschaftlich noch so hoch stände. Ober führt der Lokalanzeiger vielleicht das Bedürfnis, seine infolge der letzten Jubiläumskommission rampante Reputation in maßgebendsten Kreisen wieder etwas aufzurüsten und wieder etwas hoffähiger zu werden? Die Gegenpartei ist ja gar keine Hosame, sondern — nur eine Kammerjungfer!

### Ein Dementi.

Die halbmärschige Berliner Correspondenz dementiert die Nachricht des Berliner Tageblatts von der Verurteilung des Mittmeisters Kroistig zu zwei Jahren Festung wegen Totschlags eines Untergewesenen. Der Mittmeister sei "allerdings wegen Misshandlung bezw. vorschriftswidriger Behandlung Untergewesener im Jahre 1882 und 1896 kriegsgerichtlich mit 14 Tagen Stubenarrest und mit vier Monaten Festungshaft bestraft worden. In beiden Fällen waren die Misshandlungen geringfügiger Natur und hatten Schädigungen an der Gesundheit der Untergewesenen nicht zur Folge."

Sogar die Tägliche Rundschau kann diesem Dementi — das zudem seine Spitze gegen den Vorwärts und nicht gegen das Berliner Tageblatt, aus dem der Vorwärts sie entnommen, richtet — nicht viel Geschmack abgewinnen und fürchtet überdies, dass es die entgegengesetzte Wirkung haben wird, als von amtlicher Seite beabsichtigt ist. Mit Recht.

Kein Mensch wird dem amtlichen Blatt glauben, dass ein

ihnen den Begriff des wahren Glücks beibringen? Diese holde Josine, die er aus so tiefen Schichten aufgelesen, die er aus so entsetzlichem Elend gerettet hatte, sie war ihm das Bild seines ganzen Werkes. Solange sie nicht glücklich war, hatte sein Werk keinen Bestand. Sie war das Weib, das unglückliche Weib, die Sklavin, das Lasttier, die Genußware, deren Meiter zu werden der Traum seines Lebens war. Durch sie und für sie, unter allen Frauen, sollte das Reich der Zukunft entstehen. Und wenn Josine noch immer unglücklich war, so bewies ihm dies, dass noch nichts Festes gegründet war, dass noch alles zu thun übrig blieb. Stummervolken Herzensehnsucht er in die Zukunft, sah schwere, leidensvolle Tage voraus, fühlte deutlich, dass noch ein schrecklicher Kampf zwischen der Vergangenheit und der Zukunft bevorstehe, und dass dieser Kampf ihn Blut und Thränen kosten werde.

Weinen Sie nicht, Josine, fassen Sie Mut, ich schwöre Ihnen, dass Sie glücklich sein werden, weil Sie es werden müssen, weil alle Welt glücklich werden muss."

Er hatte das so sanft und gütig gesagt, dass sie wieder ein Lächeln fand.

"Ja, ich werde den Mut nicht verlieren, Herr Lucas, ich weiß, dass Sie mich nicht verlassen werden und dass Sie schließlich Ihren Willen durchsetzen werden, weil Sie so gut und so stark sind. Ich werde warten, ich schwöre es Ihnen, und müsste ich mein ganzes Leben warten."

Es war wie ein Gelöbnis, wie ein Austausch von feierlichen Versprechungen im Erhoffen des kommenden Glückes. Er war aufgestanden, hatte ihre Hände ergriffen, die er zärtlich drückte, und er fühlte den Gegendruck der ihrigen. Mit dieser einfachen Verührung von wenigen Sekunden nahmen sie Abschied. Wie freundlich

Offizier wegen Misshandlungen geringfügiger Natur zu vier Monaten Festungshaft verurteilt worden ist. Gestellt wird durch die amtliche Erklärung, dass der Mittmeister mehrfach wegen Misshandlung Untergewesener kriegsgerichtlich in Strafe genommen worden ist. Trotzdem halte man ihn im Besitz der militärischen Kommandogewalt gefasst! Das ist der springende Punkt, und über diesen wird sich die Militärverwaltung noch im Reichstag zu verantworten haben.

### Chronik der Majestätsbeleidigungssache.

G. Von der Strafammer des Landgerichts Straßburg i. E. wurde der 25jährige Schneider Karl Gustav Drechsler aus Hintersee (Kreis Torgau) wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Brief, den er von Basel aus an seinen in Straßburg wohnhaften früheren Arbeitgeber gerichtet hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

\* Berlin, 8. Juni. Das Berliner Tageblatt erfährt aus zuverlässiger Quelle, dass die Absicht besteht, den Reichstag im September zu einer kurzen Tagung einzuberufen, um die Brauntweinsteuernovelle zum Gesetz zu erheben. Außerdem sollen für die nächste Kontingenzperiode wesentlich andere Vorschriften in Kraft treten; die Grundsätze für dieselben würden gegenwärtig festgestellt, um sie alsbald dem Bundesrat vorzulegen.

Aus verschiedenen Teilen des Reiches laufen Mitteilungen darüber ein, dass in den Bundesstaaten die Anarchisten wieder in Bezug auf ihre Agitation scharf überwacht werden. Es sei sogar rigoros (man denkt) gegen sie vorgegangen worden. Es sei ein Anarchist Ullier, ein geborener Oesterreicher, von bündestaatlichen Behörden überall, wo er austrafte, sofort abgeschoben worden. In einem Falle sei ein Anarchist telefonisch von der Arbeit zur Polizei gerufen worden und habe dadurch seine Arbeit verloren. In Schwedt wurde der Anarchist Poeschke, als er sich von der Post Zeitungen abgeholt hatte, von Gendarmen zur Polizei geholt, worauf man im Hause des Anarchisten Schriftstücke vorsah, und feststellen konnte, dass im Norden Berlins Anarchisten zur Gründung eines Anarchistenclubs zusammengerufen werden. So meldet Hirsch's Bureau.

Die politische Polizei scheint das Bedürfnis zu haben, sich durch Aufzählung ihrer Heldentaten in empfehlende Erinnerung bringen zu wollen.

Ein nichtpreußischer Teilnehmer an der Konferenz sagte, einem Berliner Blatt zufolge, dass von einem Erfolg der Konferenz nicht die Rede sein könnte. Eine Abstimmung fand nicht statt. Die Konferenz war ganz allgemeiner Natur und währt im Ganzen 10 Stunden. Die Mitglieder standen unter dem Eindruck, dass sie lediglich von der Absicht der preußischen Regierung unterrichtet werden sollten. Von preußischer Seite wurde betont, dass den Vertretern der anderen Bundesstaaten nicht etwa eine Marschroute gegeben werden sollte.

Allmählich sidert doch etwas durch von den Verhandlungen der Konferenz. Nach obiger Meldung scheint diese von ebenso eilzügiger Inhaltlosigkeit gewesen zu sein wie die Schlussworte des Herrn von Bülow.

Nach einer Meldung der Berliner Politischen Nachrichten wird die Ministerreise nach den von einem Rostände bedrohten Provinzen im Laufe dieser Woche beginnen.

Der Bund der Handels- und Gewerbetreibenden hat an den preußischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in welcher dieselbe gebeten wird, im Bundesrat beantragen zu wollen, den Reichstagsbeschluss über die Veränderungen in den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes nicht beizutreten.

Als Termin für die Reichstagswahl im Wahlkreis Memel-Heydekrug ist vom Regierungspräsidenten Freitag der 19. Juli anberaumt worden. Zum Wahlkommissar ist der Landrat in Heydekrug ernannt worden.

Nach ihren dritten Bataillonen schreien immer noch die seiner Zeit errichteten Regimenter mit zwei Bataillonen, und ihr Geschrei wird in militärischen Kreisen nicht ungern vernommen. Die Freimaurer Zeitung berichtet von mehreren Anzeichen, wonach verschiedene Militärbehörden in Lieferungscontrakten u. c. die Errichtung der dritten Bataillone in der Zwischenzeit in Aussicht genommen haben. Bekanntlich läuft das durch Gesetz vom 25. März 1899 festgelegte Quinquennium erst mit dem 31. März 1904 ab, und die darin für das Jahr 1903 vorgesehene Friedensstärke von 495 500 Mann ist im Etat für 1901 noch um 1040 Mann nicht erreicht. Unlängst habe auch Abg. Bassermann in seiner Rede in Coburg

und sauber war das kleine Zimmer mit den gestrichenen Möbeln, wie einfach, wie friedlich und glücklich könnte das Leben darin verfließen!

"Auf Wiedersehen, Josine!"

"Auf Wiedersehen, Herr Lucas!"

Lucas wandte sich seiner Wohnung zu. Er nahm den Weg über die Terrasse, unterhalb der die Straße nach Combettes sich hinzog, als er plötzlich innehielt. Unten auf der Straße sah er Herrn Jerome, der sich in seinem Motorwagen längs des Terrains der Creherie hinfahren ließ. Diese Begegnung erinnerte ihn an zahlreiche andere, die er mit dem in seinem Wagen sitzenden gelähmten Greise gehabt, besonders an die erste, als er ihn gesehen hatte, wie er an den Gebäuden der Hölle vorbeigerollt wurde und mit seinen wasserhellen Augen auf die rauchende, tosende Fabrik blickte, die er begründet hatte, und mit ihr den Reichtum der Durignon. Nun kam er an der Creherie vorbei und betrachtete ihre neuen, im Sonnenlicht blinkenden Gebäude mit denselben hellen, ausdruckslosen Augen. Warum hatte er sich hierher fahren lassen, warum umkreiste er das Werk wie zu einer eingehenden Prüfung? Was dachte er, was urteilte er, welchen Vergleich wollte er anstellen? Vielleicht war es aber auch nichts als eine absichtlose Spazierfahrt, die Laune eines armen, in Kinderei zurückfallenden Greises. Der Bediente hatte seinen Schritt verlangsamt, und Jerome erhob sein großes, von weißen Haaren umgebenes Gesicht mit den markanten, regelmäßigen Zügen und sah ernst und unbewegt auf jede Einzelheit, auf jede Fassade, auf jeden Schornstein, als wollte er sich ein genaues Bild einprägen von dieser neuen Stadt, die da neben dem Werk, das er einst gegründet, emporwuchs.

(Fortsetzung folgt.)

verdächtig Hingende Andeutungen von Absichten der Regierung gemacht, Präzessionsabnahmen nach Maßgabe der Zunahme der Bevölkerung vorzunehmen. Bei der bestehenden Finanzsituation wäre eine militärische Mehraforderung das unfehlbarste Mittel, um die innerpolitische Lage im Reich vollends heillos zu verwirren.

**Die vergessene Amnestie.** An einem der letzten Tage erhielt ein Einwohner in Wismar i. M. folgendes Schriftstück vom Amtsgericht:

In der Strafsache gegen . . . wegen Beträubigung werben Sie auf Anordnung des großherzoglichen Amtsgerichts geladen, sich zum Antritt der durch vollstreckbares Urteil des großherzoglichen Landgerichts zu Schwerin am 6. Dezember 1890 gegen Sie erkannten Gefängnisstrafe von einer Woche binnen einer Woche in dem Amtsgerichtsgefängnis zu Wismar (Fürstenhof) zu melden, wibrigenfalls gegen Sie ein Vorführungs- oder Haftbefehl, nach Lage der Sache auch ein Steckbrief erlassen werden wird. Die Aufnahme in das Gefängnis findet nur von morgens 7 Uhr ab bis abends 7 Uhr statt. Diese Ladung ist mitzubringen und vorzuzeigen. Wismar, den 8. Juni 1901.

Dem Empfänger dieser Einladung kam die Sache etwas sonderbar vor, da er sich erinnerte, daß die Blätter von einer Amnestie berichtet hatten, die beim Regierungsantritt des Großherzogs verkündet worden ist. Er ging also zum Amtsgericht und machte auf dem großherzoglichen Strafgericht aufmerksam, der auf dem großherzoglichen Amtsgericht schon in Vergessenheit geraten schien. Es wurde ihm dort bedeutet, daß er getrost nach Hause gehen und die Auslieferung eines neuen amtsgerichtlichen Schreibens abwarten möchte. Dies ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Unterm 5. Juni schrieb nun das Amtsgericht:

Die am 4. Juni d. J. Ihnen zugestellte Ladung zur Abführung der am 6. Dezember 1890 seitens des Landgerichts Schwerin gegen Sie erkannten einjährigen Gefängnisstrafe wird hiermit zurückgenommen, da Sie von dieser Strafe durch allgemeine Amnestie vom 9. April d. J. begnadigt sind.

**Was man nicht anders fassen kann, sieht man als groben Unfug an.** Die Königberger Volkskribine berichtet: Ein Schweizerhilfe, der früher in L. in Stellung war, machte, da ihm die Brant unten geworden, einen Selbstmordversuch, wurde aber daran verhindert. Darauf nahm er eine andere Stelle in H. an. Dieser Tag empfing er vom Amtsvorsteher ein Strafmandat in Höhe von 15 M. wegen groben Unfugs infolge seines Selbstmordversuchs. Darüber scheint sich der Amtsvorsteher klar gewesen zu sein, daß Selbstmord nicht bestraft wird. Er hat sich aber zu helfen gewusst.

**n. Königsberg.** 7. Juni. Wegen Aushändigung eines Pakets mit Druckschriften auf der Straße an einen Geistlichen, der die Verteilung vornehmen wollte, waren die Geistlichen Tibor und Robinson aus Elbing angeklagt. Das Schöffengericht in Tiefenhof sprach sie frei. Der Amtsanwalt legte Berufung ein. Die Elbinger Straflammer verurteilte die beiden Geistlichen zu je 10 M. Geldstrafe, weil in der Aushändigung des Pakets eine unerlaubte Verbreitung von Druckschriften auf öffentlicher Straße zu erblicken sei. Es ist Revision angemeldet.

**G. Straßburg.** 9. Juni. Polizeikommissar Gaußsch, der Urheber der berüchtigten Schnäbel Affäre, der im Frühjahr 1887 eine so hochgradige Spannung zwischen Deutschland und Frankreich verursachte, ist dieser Tage in Lauterburg (Unterelsaß) gestorben. Er war es, der am 23. April 1887 den französischen Grenzkommissar Schnäbel, den man in Elsass-Lothringen im Verdacht der Spionage hatte, auf deutschem Boden verhaftete, nachdem er ihn zu einer amtlichen Konferenz nach Koblenz dicsseits der Grenze geladen hatte. Der damalige französische Kriegsminister Boulanger drohte den Fall zum Anlaß einer Kriegserklärung gegen Deutschland zu nehmen, man gab deutscherseits seiner Forderung auf Freilassung Schnäbel jedoch verhältnisweise nach, da man einsah, daß man einen schweren Mißgriff gehabt hatte. Man räumte ein, daß dem Schnäbel durch die amtliche Einladung, sich auf deutsches Gebiet zu begeben, freies Geleit zugesichert war, und deshalb erklärte das Vorgehen Gaußschs in aller Form. Schnäbel ist seinem Kollegen Gauß bereits letztes Jahr im Tode vorausgegangen.

**o. München.** 9. Juni. Den preußischen Offiziellen wird von den bayerisch-offiziösen Augsburger Abendzeitung heute böß auf die Finger geklopft. Durch die bayerische Presse ging nämlich vor kurzem die Notiz, daß die neuen Gewehre, mit denen die bayerische Armee ausgerüstet wird, nicht in Spandau, sondern in der bayerischen Gewehrfabrik Amberg hergestellt werden. Die Spandauer Korrespondenz fühlte sich daraufhin berufen, mitzuteilen, die Militärverwaltung habe dem Bundesstaate Bayern ein besonderes Entgegenkommen bewiesen, wenn sie die Herstellung der Gewehre in Amberg gestattete. Das Augsburger Blatt fertigt nun die preußische Korrespondenz ganz gehörig ab und weist nach, daß Bayern nur thut, was sein gutes Recht ist und ein Entgegenkommen von anderer Seite nicht braucht. Für die Beurteilung gewisser innerpolitischer Vorgänge in Deutschland dürften diese Auseinandersetzungen nicht ohne Wert sein.

Ungebrügtes hört man von einer Seite, die es wissen kann, daß in Bayern nicht nur das Militär, sondern auch die Gendarmerie mit neuen Gewehren ausgerüstet werden soll. Bei dieser sind zur Zeit noch die alten Werdergewehre in Verwendung, deren Unzulänglichkeit sich bei dem interessanten Sturm auf das Versteck des Räubers Kneißl erwiesen haben soll.

**kleine politische Nachrichten.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet, daß der Reichskanzler den Oberbürgermeister Posens, Witling, in längerer Audienz empfangen habe. — Wie der Berliner Volkszeitung aus Altenburg berichtet wird, hat die dortige Regierung beim Bundesrat die reichsgesetzliche Regelung der Bergwerksaufsicht und den Erlass eines Reichsberggesetzes beantragt. — Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzigers aus Kiel ist gegen den Pastor Paulsen in Kroppe, den Gründer und Leiter der dortigen zahlreichen gemeinnützigen Anstalten, nachdem über ihn Zwangsverwaltung verfügt worden ist, vom königlichen Konsistorium das Disziplinarfahrt eröffnet worden. — Die württembergische Abgeordnetenkammer, deren Beratung jetzt abgelaufen war, hat sich, da die Beratungen des Finanzausschusses über die Gehaltsvorlage noch nicht abgeschlossen sind, nochmals, und zwar bis zum 18. d. M., vertragt. — Dem Matin folge hat die Polizei zwei Anarchisten, den Photographen Vigo und den Maler Decoué, verhaftet, welche in ihrer Wohnung Explosivstoffe herstellten. — In der Gemeindevertretung in Lyon sind Unterschlagungen bedeutender Summen entdeckt worden. Ein hoher Beamter ist bereits entlassen worden. — Das Erscheinen der Zeitung Bobolainen in Helsingfors und eines Wiborgs Blattes ist gänzlich verboten, das Erscheinen von mehreren anderen finnischen Blättern auf eine Zeit von 14 Tagen bis vier Monaten untersagt worden. — Zu Algier ist unter den im dortigen Gefängnis untergebrachten 166 Algerern, welche an der Plünderung von Marguerite teilgenommen hatten, eine Meuterlei ausgebrochen.

Das Militär stellt die Ordnung wieder her. — Aus Neapel (Arabien) wird gemeldet, daß die Zahl der aufständischen Araber auf 250000 angewachsen sei. Die türkischen Truppen seien machtlos, die Situation ist kritisch. — Wegen der wiederholten Grenzverletzungen durch die Abasen besitzt der Sultan dem General Hamdi Pascha, sich an die Grenze zu begeben. Hamdi Pascha erhielt die Bevollmächtigung zur sofortigen Ablösung der jetzt dort stehenden türkischen Grenztruppen zu schreiten, falls es sich der Untersuchung nach als notwendig erweisen sollte.

### Oesterreich-Ungarn.

Aus den Delegationen. — Quotenverlagerung. — Eisenbahnsverstaatlichung. — Bergarbeitergesetz.

Wien, 8. Juni. Die österreichische Delegation nahm in ihrer Abendsituation am 7. Juni ohne Erörterung den Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums, des gemeinsamen obersten Rechnungshofes, die Schlussrechnung über die gemeinsamen Ausgaben sowie das Marinebudget in General- und Specialdebatte an. Auf Antrag des Präsidenten, Prinzovoblowitz, wurde sodann einstimmig unter lebhaftem Beifall eine Resolution angenommen, worin der braven österreichisch-ungarischen Marine volle Anerkennung ausgesprochen wird.

In der ungarischen Delegation stellte Sektionschef Graf Szecsen fest, daß die Ansicht Ugrons über den Dreibund von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten widerlegt worden sei, bedauerte aber, daß Ugron den deutschen Kaiser in die Erörterungen gezogen habe, um so mehr, als die von Ugron vorgebrachten Initiativen dem wahren Sachverhalte nicht entsprachen. Nach einer kurzen Entgegnung Ugrons sprach der Ministerpräsident v. Szell sein volles Einverständnis mit den Ausführungen des Grafen Szecsen aus.

Schließlich wurde das Budget des Auswärtigen und ein Vertrauensvotum für den Grafen Goluchowski angenommen. In der Debatte war von mehreren Seiten eine bessere Verständigung Ungarns beim Abschluß neuer Handelsverträge gewünscht worden.

Heute begann das Abgeordnetenhaus die erste Lesung der sogenannten Quotenverlagerung. Ministerpräsident Dr. v. Koerber führte aus, wenn die Regierung nach der geschicklich festgelegten politischen auch für die zeitweilig zu ergänzende wirtschaftliche Gemeinschaft mit Ungarn eintrete, so entspreche das nicht nur den bisherigen Traditionen und den Bedingungen für die Machstellung der Monarchie, sondern auch den ökonomischen Interessen Österreichs. Die österreichische Industrie verlangt den Ausgleich mit Ungarn und erhebe so Einspruch gegen die bestehende Un Sicherheit. Auch die Landwirtschaft müsse den Ausgleich wünschen. Die wichtigsten Produktionsgebiete seien weit von jener Entfernung entfernt, welche man von manchen Seiten in das Verhältnis zu Ungarn getragen wissen will. Es sei zuzugeben, daß das bestehende manche Wirkung zeige, aber es werde jede Gelegenheit zur Korrektur bemüht, wobei der Ministerpräsident auf das Entgegenkommen der ungarischen Regierung rechnet. Indem die Reichsvertretung diese Angelegenheit zu beenden ernstlich bestrebt sei, gebe sie der Bevölkerung Verhüllung über den Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen und Stelle fest, daß die schwere Krise der letzten Jahre an der Zusammengehörigkeit der beiden Reichshäfen und an der inneren Kraft der Monarchie nichts geändert habe. Abg. Lecher kritisiert in schärfster Weise den Antrag der Quotenverlagerung. Auf seinen Antrag wurde die Vorlage an einen 48 gliedrigen Ausschuß verwiesen.

Der Staatsseisenbahnrat nahm in seiner heutigen Frühjahrs tagung einen Antrag an, das Eisenbahministerium zu ersuchen, der Fortsetzung der Verstaatlichungskontrolle Angemerk zu zuwenden und insbesondere behufs ihunlichster baldiger Verstaatlichung der Staatseisenbahn-Gesellschaft und der Nordwestbahn das Erforderliche zu veranlassen. Ebenso wurde ein Zusatzantrag angenommen, die Regierung dringend zu ersuchen, auch die Frage der Einlösung der Ferdinand Nordbahn in ernste Erwögung zu ziehen.

Das österreichische Herrenhaus hat das Bergarbeitergesetz angenommen. Ein Versuch, die neunstündige Gesamtschicht der Regierungsvorlage in eine neunstündige Schicht für jeden einzelnen Arbeiter umzuwandeln, ist zwar von den feindlichen Herren gemacht worden, aber in der Abstimmung sind sie unterlegen. Es bleibt bei der neunstündigen Gesamtschicht.

### Schweiz.

Nationalrat.

XXX Bern, 7. Juni. Das Erträgnis der ersten Parlamentswoche ist furchtbar mager ausgefallen. Die mangelhafte Vorbereitung der Geschäfte machte sich so stark bemerkbar, daß der Nationalrat schon am Freitag für einige Tage in die Ferien ging. Dies ist um so auffallender, als die Kommissionen das ganze Jahr hindurch im Lande herumgondeln und namentlich im Frühjahr und Sommer an allen von der Natur mit Reizen ausgestatteten Orten "tagen". Es ist das eine der vielen Eigentümlichkeiten unseres Parlaments, welche das Land alljährlich viel Geld kostet und für das Volk eine ständige Quelle des Ärgeres ist. Selbstverständlich gibt es Kommissionen, bei denen es ohne Lokalisierung, Vergtouren und Fahrten von einem Ende des Landes zum anderen einfach nicht abgeht. Aber daneben macht sich bei einer großen Zahl anderer das Tagen an weit entfernten Punkten einfach herzlich schlecht. Es sieht eben auch gar zu sehr einer Vergnügungsumtrieb auf Kosten des gutmütigen Volkes gleich. Dazu kommt noch als erschwerender Umstand die Errscheinung, daß die Schaffensfreudigkeit der Kommissionenmitglieder, die bei solchen Anlässen nicht selten von Stadt- und Kantonbehörden mit Festessen und Ehrenwein &c. regaliert werden, durch diese Behandlung der "Sitzfrage" im allgemeinen nicht sehr wachen dürfte. Auf diese Weise muß das Ratspräsidium beständig die Kommissionen zur Erledigung drängen. Manchmal gelingt's ihm, aber nicht immer. Dann gähnt auf der Tagesordnung eine bedenkliche Lücke. Ein kleiner Zwischenfall, wie z. B. die Verhinderung eines Referenten, bringt die Maschine zum Stillstand und die Landesräte demonstrieren allem Volk, daß sie für sich selber sogar am vierstündigen Arbeitstag mehr als genug haben. Dieses schöne Vorbild hat die abgelaufene Woche fortwährend geliefert.

Neben den an dieser Stelle bereits gemeldeten Geschäften behandelte der Nationalrat noch einen zurückgelegten Paragraphen des Tarifgesetzes der Bundesbahnen, bewilligte einen Nachtragskredit und erledigte einen Refur. Bei dem Tarifgesetzparagraphen handelte es sich um den Kampf zwischen Privatbahnen und den Staatsbahnen. Die ersten führen den Bund mit nicht viel mehr als die Hauptbahnen früherer Zeit. Sie behaupten, in der eisernen Umlanierung werde ihnen der Atem ausgehen und der Bund solle sie um ein Linsen-

gericht erwerben. Daher suchen sie die sogen. Insta-

dierungsfreiheit dem Bunde durch das Gesetz etwas zu beschränken und durch teilweise Geständnismäßigung des Grundbuchs des Transportes über die kürzeste Strecke sich noch einen Anteil am Gütertransport zu sichern. Der Kampf war heiß trotz des Kompromisses, der vorher geschlossen war. Der Redner des Bundesrates sagte es klipp und klar heraus, daß die meisten Mitglieder der Kommision in bürgerlichen Leben die Interessen der Nebenbahnen eben berücksichtig zu vertreten hätten. Die Nebenbahner fließen dem Bundesrat gewaltig am Zeug. Es entbehrt nicht des intimen Reizes, die Herren sich in den Haaren liegen zu sehen. Das Ende der Redeschlacht ist bezeichnend. Der Bundesrat unterlag mit seinem Antrag, in diesen Fragen als Retkusflanz bestimmt zu werden. Damit hat die Mehrheit des Rates klipp und klar zugestanden, daß die äußerste Linke mit ihrem Missbrauch gegenüber dem Bundesrat recht hat. Die Bundesversammlung will hierüber entscheiden. Sollte es den Bundesbahnen ein, auch far zu sehr die Rolle des Großen zu spielen, der die kleinen friszt und allzu sehr auf die Rendite des Bahnbetriebs zu schauen, so wird ihm die Bundesversammlung ein Halt entgegenstellen. Ist auch die Verwaltung der Bahnen und die des Bundes völlig getrennt, so bilden sich bald innige Bande zwischen beiden und die Politik wird auch da sich geltend machen. Hätte man beim Rückkauf alles gewußt, was man nur bis hente hat lernen müssen, so würden sich die Sozialdemokraten lange nicht so eifrig für die Bahnverstaatlichung ins Zeug gelegt haben. Überhaupt werden sie sich in Zukunft zweimal besinnen, bevor sie ein zweites Mal zustimmen, der herrschenden Partei weitere Machtbefugnisse in die Hände zu spielen.

Bei der Bewilligung eines Nachtragskredits für Festungsbauten und Landstauß stimmten bloß neun Männer dagegen, trotzdem selbst die Kommision die lieberliche Budgetierung ernstlich rügte. Gewiß auch ein Zeichen der Zeit.

### Niederlande.

Der Wahlkampf.

Man schreibt uns: Der Wahlkampf ist im vollen Gange. In den großen Städten findet man nicht mehr genug Männer, um Plakate darauf zu kleben, und jeden Abend finden mehrere öffentliche Versammlungen statt. Da es nicht mehr möglich ist, in Wahlzeiten Versammlungen ohne freie Diskussion abzuhalten, so findet fast keine Versammlung der Gegner statt, wo nicht einer oder mehrere Genossen das Wort ergreifen.

Dienstag war der Tag der Kandidatenaufstellung. Diese ist in Holland so geregelt, daß 40 Wähler einen Kandidaten aufstellen. Werden keine anderen Kandidaten ihm gegenüber gestellt, so ist er ausgestellt.

In 11 von den 100 Kreisen ist das der Fall gewesen. Alle 11 Designierten sind Klerikale, 10 Katholiken und 1 Antiklerikale (evangelischer).

Bei den Eisernküpfchen, welche in allen bürgerlichen Parteien herrschen, ist jede Voraussage unmöglich. Wohl aber ist schon jetzt zu bemerken, daß die Liberalen in letzter Stunde alle Anstrengungen machen werden, das Nader in Hindernis zu halten.

Die Sozialdemokratie hat 51 Kandidaten aufgestellt. Im Jahre 1897 hatte sie 29. Auf diese 29 Kandidaten erzielten sie damals 13366 Stimmen.

Die Wählerzahl ist in diesem Jahre, auch infolge der jüngsten Wahlgehabänderung, um 100000 Wähler gestiegen und auf 700000 gebracht. Der Kreis mit der größten Wählerzahl ist Enkhuizen, wofür Van Kol Abgeordneter ist.

Die Sozialdemokraten werden von den vereinigten Gegnern mit wahrer Wut belästigt. Gegen Troelstra im Kreis Tielhardadeel haben die evangelischen Klerikale den bekannten christlich-demokratischen Pfarrer Tolsteijn gestellt. Da werden die Liberalen in der Stichwahl für Troelstra stimmen, weil die Feindschaft zwischen Liberalen und Klerikalen da, der Gemeindevater wegen sehr groß ist. In Beendam, wo Schaper, und in Enkhuizen wo Van Kol wieder kandidieren, stehen die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokratie. Diese Kreise sind aber sehr gut und die Anstrengungen der Gegner können sehr leicht vergebens gemacht sein.

Ob die Sozialdemokratie viel neue Abgeordnete bekommen wird, ist nicht sicher. Dagegen ist vorauszusehen, daß ihre Stimmenzahl wenigstens verdoppelt, vielleicht verdreifacht werden wird.

### Frankreich.

Eine Rede Waldeck-Rousseau. — Die lästige Anarchistenverhaftung.

Paris, 8. Juni. Bei einem Fest des Verbandes der Eisenbahnarbeiter, bei dem Ministerpräsident Waldeck-Rousseau den Vorsitz führte, beglückswünschte er die Vereinigung dazu, daß sie Sparsamkeit und Vororge auf ihre Fahne geschrieben habe. Vermöge dieser Tugenden könne der gähnende Schlund der 5 Milliarden Kriegskosten ausgefüllt und Frankreich zum größten Vorgeldsammelner gemacht werden, wodurch dem Staat in der Welt das Übergewicht gesichert werde, das ihm nicht wieder entzissen werden könne.

Die gegenwärtige Temperatur ist den Franzosen wenig belämmlich; in den letzten Wochen wurden ausnahmsweise viele Revanchereden gehalten. Ungebrügtes läßt sich die friedliche Revanche des Spargeldsammelns noch hören. Es Klingt immer besser, wenn man mit der Sparglocke rasselt, als mit dem Säbel.

Die Polizei verhaftete gestern einen 18jährigen Anarchisten, der geständig ist, die Attentate, die jüngst in Paris und Umgebung erfolgt sind, verübt zu haben. Eine bei ihm vorgenommene Haussuchung brachte zahlreiche anarchistische Schriften, sowie ein Quantum Sprengpulver und Werkzeuge zur Herstellung von Bomben zu Tage.

### Rußland.

Ergebnisse.

Petersburg, 8. Juni. Der Stand der Wintersaaten war Ende Mai in den südlichen Gouvernements gut, in den östlichen und nordwestlichen Rayons stellenweise nicht ganz befriedigend, im Weichselgebiet schlecht, in den übrigen Rayons befriedigend. Die Sommersaaten stehen im Süden gut, in allen übrigen Rayons befriedigend. Ende Mai und Anfang Juni übt die Kälte einen ungünstigen Einfluß aus, in den letzten Tagen sind jedoch gute Niederschläge erfolgt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Achtung, Schneider!

Heute Montag den 10. Juni abends 1/2 9 Uhr

Grosse [redacted]

## Öffentliche Versammlung

im Saale der Flora, Windmühlenstraße.

Lagesordnung: 1. Welche Lehre ziehen wir aus den diesjährigen Wohnbewegungen? 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Vorstand der Innung. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

D. A.

## Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter.

Dienstag den 11. Juni abends 1/2 9 Uhr

## Große öffentliche Versammlung

im Saale des Felsenkellers, Plagwitz.

Lagesordnung:

1. Bedeutung der Alkoholfrage für die Gewerkschaften. Referent: Genosse Hennig-Erfurt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen, Kolleginnen! sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Der Einberufer.

## Werkstatt-Delegierte der Bau- und Möbeltischler.

Mittwoch den 12. Juni abends 6 Uhr

## Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Lagesordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Delegierten.  
2. Vorschläge zur Ergänzungswahl der Sektionsleitung.  
Zahlreichen Besuch erwartet

D. S.

Dienstag den 11. Juni abends 1/2 9 Uhr Vortrag für Herren von Herrn Jentsch, Plagwitz, im Schloß Lindenfelde, Lindenau, Eingang Hermannstr., über: Männerkrankheiten.

Die Mitgliedschaft kann dorthin erworben werden.

16. Juni: Ausflug nach Lindenauendorf.

Abmarsch 1/2 Uhr Schloß Lindenfelde.

23. Juni: Ausflug nach Lindenthal.

Abmarsch 1/2 Uhr Felsenkeller.

Treffpunkt für Fahrtsteller eben dort.

Der Vorstand.

5619)

Einer geehrten Einwohnerchaft von Großschocher, Windorf u. Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich unter dem heutigen Datum den

## Gasthof zur Mühle

von Herrn G. Voigt läufig übernommen habe und bitte ich die geehrte Einwohnerchaft, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Empfiehlt ff. Vereins- und andere Blätter sowie einen guten Mittagstisch.

Jeden Sonntag früh Spektakeln.

Großschocher, den 8. Juni 1901.

Hochachtungsvoll Franz Schumann.

## Kuhturm.

Heute und folgende Tage

[5472]

## Große Konzerte

### der beliebten Alpenjäger-Sapelle.

Anerkannt gute Küche  
bei kleinen Preisen

ff. Zwenkauer Lager und Plaasener Bier

Freih. Tucherbräu, Döllnitzer Ritterguts-Bose.

## Dresdener Thorhaus.

Morgen Dienstag, sowie jeden Sonnabend

## Grosses Garten-Frei-Konzert.

Es lädt ergebnis ein

[5626] August Jünichen.

Die einzige billigste Bezugsquelle f. Möbel, Spiegel u. Polsterwaren ist die

[2434]

## Lindenauer Möbelhalle

von Ernst Rehm, vorm. H. Lange

L.-Lindenau Querstraße 4 L.-Lindenau.

Grosse Auswahl eleganter und einfacher Wohnungseinrichtungen.

Langjährige Garantie.

Transport frei.

## Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.

Konradstrasse 25.

Schwimmbecken 20°

[12551]

Altes Gold

taut. g. höchst. Preisen

Uhrmacher Booker,

Raut. Steinweg 38.

Ein echter Wurm  
Bor salten Bier  
Ist Magendoktor!  
Das glaube mir!

Berlangen Sie gegl. ausdrücklich

Wurms Magendoktor!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Ilge in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

## Ortskrankenkasse.

Ein neues, vervollständigtes Verzeichnis der Herren Ärzte und Bahnärzte, der Apotheken, Kranken- und Bade-Anstalten, Bandagisten und Optiker der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend ist erschienen und liegen Exemplare bei der Kassenverwaltung und den Meldestellen zur Empfangnahme bereit.

Leipzig, den 10. Juni 1901.

[5618] Die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.  
Rich. Braun, stellvertr. Vorsitzender.

## Billigste Bezugsquelle.

Offeriere dem geilen Publikum infolge günstigen Abschlusses 300 Nähersche Kinderwagen und Sportwagen zu den ebenfalls billigen Preisen.



Nähersche Kinderwagen von Mf. 13.75 an

Nähersche Sportwagen von Mf. 6.— an

Nähersche Leiterwagen von Mf. 2.50 an

Nähersche Puppenwagen von Mf. 1.50 an

Tragkörbe von Mf. 2.50 an

Waschkörbe von Mf. 1.— an

Reisekörbe von Mf. 2.50 an

Holzkörbe von Mf. 1.25 an

Komplettes Korbwarenlager, große Auswahl. Permanentes Lager für Händler. Eigene Reparaturwerkstatt.

[4986] Gebrauchte Kinderwagen zu verkaufen

1. Geschäft: L.-Reudnitz, Ecke Dresdener u. Senefelderstr.

2. Geschäft: jetzt L.-Sellerhausen, Wurzener Str. 36.

## Moritz Winkler.

## M. Kemski

6 Altenberger Straße 6



Schnellsohle mit Dampfbetrieb  
Münzgasse 7. Vorblätter f. H. 4 1/2 M.,

D. 3 1/2, b. 6 1/4 M., Kinder 2 1/2, M. an nach Größe. Gummidübel f. H. u. D. 1 M. Schneller schnell, gut, billig.

Echt goldene Trauringe

von 4 Mark an bei  
Gustav Kanis, Tauchaer Str. 6.

10 Stück gebr. Gingerg-Nähmaschinen  
von 15 bis 25 Mf. unter Garantie zu  
verkaufen.

[2242] Rich. Kranich

Münzgasse 20, §. I.

## Neue Uhren

in größter Auswahl, genau reguliert.

Abonnenten dieser Zeitung erhalten noch 10% Rabatt.

## M. Kemski

6 Altenberger Straße 6.

Stiefel! Schuhe!  
Billig! Billig!

Herren-Turnschuhe

in Gummisohle. 1.25 M. an. Herren-Schuhe-Stiefel, braun u. schwarz, von 6.50 M. an.

Herren-Promenaden-Schuhe z. Schnüren u. Gummidübel, von 3.50 M. an.

Herren-Schuhe-Stiefel von 4.25 M. an. Herren-Promenaden-Schuhe, braun, von 4 M. an.

Damen-Knopfleibstiel, schwarz, v. 5 M. an. Damen-Knopfleibstiel, braun, v. 5.50 M. an.

Damen-Spangen-Schuhe, braun, von 2.50 M. an.

Erneut keine Musterstiefel, Kinderschuhe und zurückgesetzte Schuhwaren spottbillig.

[4728] Nur Nürnberg Str. 40, I.

Sohne Ottomane, Bettat, Matratzen soll billig verkaufst werden. Humboldtstr. 33, I. r.

Schrank 18, Ottom. 25, Bettat. m. Matr. 16, Schrebs. 20, Tische, Stühle. Burgstr. 9, I.

Gute aber gute, frische Pneumatikreifen u. Luftsohl. Humboldtstr. 33.

Leiterwagen, solide Handarbeit, Poppe, Panorama, neben der Markthalle.

Hand- u. Geschäftsw. u. b. Neukirchstr. 67

Hoch. Speiselkartoffeln, 3 May. 50 M.

verkauft Franz Opij, Volkstr., Luisenstr. 47.

Heute früh verschoben infolge von Lungentuben mein innigst geliebter, herzensguter Gatte, unser alter Vater, Herr Gustav

**Hermann Voigt**

im 47. Lebensjahr. Um stilles Weile bittet

[5614] Ida verw. Voigt, verw. gew. König, geb. Bischau

zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Beerb. Dienst. b. 11.-6. nachm. 4 Uhr v. Trauerhause Großs. Hauptstr. 44.

## Nachruf!

Plötzlich und unerwartet starb unser lieber Arbeitskollege, der Bildhauer

## Herr Gustav Adolf Illner

im Alter von 35 Jahren.

Sein lieblicher und ehrenhafter Charakter, sowie sein kollegialisches Wesen war uns allen bekannt, und empfinden wir daher tiefe Verlust um so schmerzlicher. Leicht sei ihm die Erde!

[5613] Das Personal der Firma Th. Mannborg.

# Beilage zu Nr. 131 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 10. Juni 1901.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

## Belgien.

**Die Krise. — Alkohol-Monopol. — Ein Standort in einem Waisenhaus.**

Man schreibt uns: In Gent wütet die Krise in der Textil-Industrie sehr stark. Keine einzige der großen Fabriken arbeitet die volle Zeit. Die größten Fabriken arbeiten nur 4 oder 4½ Tage in der Woche. Fast alle anderen Fabriken arbeiten noch weniger. Da der Durchschnittslohn der Genter Weber in gewöhnlichen Zeiten ungefähr 16 Franken ist, ist es selbstverständlich, daß in diesen Kreisen große Not herrscht.

Die Kommission, aus der Kammer gewählt, welche die Vorsorge zur Handhabung des Konzessionsrechts jetzt den Scheinen zu prüfen hat, hat sich mit 8 Stimmen gegen 2 für das Staatsmonopol der Alkohol-Produktion, mit progressiver Einschränkung der Produktion, erklärt. Drei Mitglieder der Kommission enthielten sich der Abstimmung. Über auch diese drei waren für eine monopolisierte Produktion, nur wollten sie diese nicht direkt vom Staat geführt haben, sondern durch eine Pachtgesellschaft.

In einem von Männern verwalteten Waisenhaus in Brüssel haben seit vielen Jahren standödliche Kinder-Duellerien stattgefunden, die im Brüsseler Gemeinderat, der die Einrichtung subventioniert und dadurch Kontroll-Recht hat, Anlaß zu einem scharfen Todesvotum gaben. Die offizielle Enquête hatte festgestellt, daß man im Waisenhaus einen Geist von Hurelei und Scheinheiligkeit kultiviert hat, in dem die Kinder nie lachen oder laut reden durften. Ferner belahlen sie für die geringsten Übertretungen Schläge mit Lineal und Turnstöcken. Weiter lebt die große Mehrzahl der Waisen fast immer von Wasser und Brot, da die Disciplinarstrafen gar nicht mehr anzuhtören. Ein Kind von 8 Jahren hatte seit drei Jahren immer trockenes Brot essen müssen, weil es schlecht strickle! Vergebens versuchten die liberalen Gemeinderatsmitglieder diese Thatsachen abzuschwärzen. Die Direktrice ist entlassen und zwei andere Nonnen sind suspendiert. Mit 24 gegen 9 Stimmen nahm dann der Gemeinderat die folgende Resolution vom sozialistischen Mitglied Furnemont an:

"Der Gemeinderat konstatiert die standödlichen Thatsachen, welche der Conseil de l'Hospice aufgedeckt hat, beglückwünscht dieses Kollegium, zu der gezeigten Energie und spricht den Wunsch aus, daß die nötigen Maßregeln getroffen werden, damit solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen können."

## Italien.

### Deputiertenkammer.

Nom. 8. Juni. Der Ministerpräsident Banadelli legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Errichtung eines Central-Arbeitsbureau und eines obersten Arbeitsrates.

Das Haus lebte dann die Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen fort. Guicciardini spricht von dem Dreibunde und meint, er sei überzeugt, daß es in Italien keinen Staatsmann geben könnte, der eine Aenderung dieser Bündnisse wünschen könnte, die eine so lange Zeit hindurch den Frieden gesichert hätten. Es sei zu wünschen, daß es gelinge, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich der Erneuerung der Handelsverträge mit Deutschland und Österreich entgegenstellten. Er habe das Vertrauen, daß die Regierung es verstehen werde, die gewichtigen Interessen Italiens in Tripolis hinsichtlich der Verbindungen mit dem Innern des Landes und in Cyrene zu schützen. Der Redner wünscht Auflösungen über die jüngsten Grenzüberschreitungen und den Abmarsch algerischer und tunesischer Truppen nach Ghadames und Wadat; auch die albanische Frage habe erhebliches Interesse für Italien; die politische Lage in Albanien sei eine so heile, daß es möglichweise infolge der makedonischen Bewegung zu einer Neuerbung kommen könne. Italien könne nicht gestatten, daß Albanien in den Besitz einer Macht, sei es ersten oder zweiten Ranges, gelange. "Wir haben Viseria über uns ergehen lassen, aber wir könnten nicht einem zweiten Viseria in Ballona oder Durazzo zustimmen." (Vehfester Beifall.)

## Die Vorgänge in China.

**Die Kaiserin kehrt nicht zurück!**

Ein englisches Blatt in Shanghai berichtet, es sei ein Kaiserliches Edikt unter dem 6. Juni ergangen, worin erlaubt werde, daß infolge der Hitze und des vorgeübten Alters die

## Kleine Chronik.

Leipzig, 10. Juni.

**Theaternachrichten.** Im Neuen Theater geht am Dienstag die Operette Die Gelsha in Szene.

Am Mittwoch findet im Neuen Theater als Festvorstellung zu Ehren des hier tagenden IV. Internationalen Verleger Kongresses eine Aufführung der Meistersinger von Nürnberg statt. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

Für Donnerstag ist im Neuen Theater die Operette Die Landsknechte angelegt. Im Alten Theater bringt am Donnerstag die Leipziger Finkenschafft Hebbels Jubiläum zur Aufführung.

Das alte Theater bleibt Montag, ferner am Mittwoch, Freitag und Sonnabend geschlossen.

**Neues Theater.** Rigoletto, Gastspiel des Herrn Traun. Herr Traun gastiert unverdrossen weiter. Warum? Herr Moers, dessen Rollen er teilweise in Vertretung gespielt hat, tritt ja wieder auf. Sollte man vielleicht höhere Orts beabsichtigen, die Beziehungen zu Herrn Moers im Laufe der Zeit zu lösen? Dagegen müßten wir doch energisch protestieren. Will man aber, auch wenn keine direkte Notwendigkeit vorliegt, den Bestand unserer Tenöre vermehrten, so sehe man sich nach Künstlern um, die gesanglich wie schauspielerisch eine solche außerordentliche Verdienst rechtfertigen. Als Schauspieler kam der Gast auch gestern nicht über die übliche Bühnenroutine hinaus. Der Gefang läuft noch recht viel zu wünschen übrig. Herr Traun hat sich nicht von seiner gaumigen Tongebung freie gemacht — der Fachmann nennt dies „knödeln“ — neben häufigem Butzessingen und unreiner Vokalbildung läuft vor allem die Aussprache des Wortes „Liebe“, das in weiswollen Situationen als „Lieve“ hervorgehoben, urkomisch wirkt. Die Stimme des Gastes ist klein, sie verdrückt im Ensemble völlig. Die individualisierende Kraft der künstlerischen Persönlichkeit geht Herrn Traun ab, sein Herzog von Mantua war eine recht langweilige Bühnenfigur. Dies alles schlecht natürlich nicht aus, daß einzelne Takte ab und zu ganz hübsch gelungen wurden.

Die Aufführung des Rigoletto am Sonnabend zählte zu den besseren, wenn man die letzte Wiedergabe des Oberon als schlecht bezeichnet. Herr Schütz schuf mit erstaunlicher Stimmengewalt die erschütternde Figur des Narren. Rigoletto. Eine liebreizende

Kaiserin-Witwe die Rückkehr des kaiserlichen Hosen nach Peking bis 1. September verschoben habe. Die Astrologen des Hosen (1) bezeichneten diesen Tag als einen für den Beginn der Reise günstigen.

## Die Frage der Entschädigung

scheint immer neue Schwierigkeiten zu machen. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau hat der amerikanische Vertreter Rockford am 7. Juni in einem Telegramm aus Peking den Staatssekretär Hay um die Ermächtigung gebeten, in der Gesandtenkonferenz vorzuschlagen, daß die Streitfrage bezüglich der von China zu zahlenden Entschädigung dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werde. Hay soll auf telegraphischem Wege diese Ermächtigung erteilt haben.

## Heimlerende Räthahelden.

Eine Mitteilung des Kriegsministeriums über die Fahrt der Truppentransportsschiffe besagt: Die ostasiatische Munitionsflossenableitung hat die Heimreise nach Deutschland in der Starke von 10 Offizieren und 590 Mann auf dem Reichspostdampfer Hamburg am 8. Juni in Shanghai angeliefert. Die fahrplanmäßige Ankunft in Bremerhaven findet am 23. Juli statt.

## Die Zurückbleibenden.

Die zur Bewachung der Eisenbahn in China bleibenden ständigen Wachen werden so verteilt werden, daß den deutschen Truppen die Sektion Peking, den Franzosen die Sektion Taku und den Engländern die Sektion Schanghai zufallen.

## Waldersee

ist Sonnabend nachmittag an Bord der Hertha in Kobe eingetroffen und fogleich an Land gegangen. Er nahm im deutschen Konsulat Wohnung und reiste gestern früh über Kioto nach Tokio weiter.

## Der Krieg in Südafrika.

### Ein Eisenbahnhunfall

ereignete sich am Freitag in der Nähe von Pretoria auf der Pietersburg-Linie. Ein mit Truppen gefüllter Zug stieß mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Zug zusammen; neun Soldaten wurden getötet, mehrere verwundet.

### Frau Louis Botha

ist mit dem Dampfer Dunbeg Castle in Southampton eingetroffen. Sie lehnte es ab, sich interviewen zu lassen. Der Sohn des früheren Staatssekretärs des Oranjerivistaats, Fischer, teilte dem Vertreter des Reuterschen Bureaus mit, Frau Botha begebe sich direkt nach London, von dort nach Holland und Belgien, der Termin der Abreise nach dem Kontinent stehe noch nicht fest. Er, Fischer, könne die Meldung, daß Frau Botha in einer Friedensmission nach Europa gekommen sei, weder bestätigen noch dementieren. Er sei auf Ehrenwort von den Engländern freigelassen worden, um Frau Botha nach Europa zu begleiten und seinen Vater Abram Fischer in Brüssel zu besuchen.

Nach einer Meldung aus Brüssel wird Frau Botha in nächster Zeit bei dem Präsidenten Krüger vorsprechen.

### Eine neue Schlappe

haben die Engländer erlitten. Nach einer Meldung aus Kapstadt wurde das Kommando Vincenz von einer Burenabteilung südöstlich von Steyning überrascht. Die englischen Verluste sind bedeutend. Trotzdem wurden 28 Buren gefangen genommen.

### Belagerungsstand?

Aus Kapstadt wird weiter gemeldet: Die Agitation zu Gunsten der Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte nimmt immer mehr zu. Der Empfang, den der Gouverneur bei den Holländern im westlichen Distrikt gefunden hat, spricht zu Gunsten dieser Maßregel.

### Ein dementierter Sieg.

Auf eine Frage des Kriegsministers telegraphierte Lord Kitchener, die Nachricht, daß am 5. Juni ein Teil des Burenkommandos unter Beyers überrascht und geschlagen worden sei, sei unrichtig.

## Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei wird, entsprechend dem im Vorjahr in Mainz gefassten Beschuß, in Bühl abgehalten werden. Für die Verhandlungen ist, so lesen wir im Vorwärts, die dritte Septemberwoche in Aussicht genommen. Wie ebenfalls in Mainz beschlossen worden ist,

soll auf dem diesjährigen Parteitag außer den üblichen Parteiangelegenheiten die Wohnungsfrage auf die Tagesordnung gestellt werden. Als Referent ist der Genosse Dr. A. Südlum, Vertreter für Nürnberg im Reichstag, in Aussicht genommen.

Der Parteitag wird auch in diesem Jahre öffentlich tagen, doch ist auch die Abhaltung geschlossener Sitzungen in Aussicht genommen, da durch die Bekämpfung des Koalitionsverbots für politische Vereine der Abhaltung solcher Sitzungen kein Hindernis mehr im Wege steht.

**Freisprechung.** Das Schöffengericht in Mettmann verurteilte im März eine Anzahl Genossen, weil sie durch Verbreitung sozialdemokratischer Schriften an einem Sonntags die Sonntagsruhe gestört haben sollten, zu je fünf Mark Geldstrafe. Die Strafaner in Elberfeld als Verunsicherung sprach die Leute frei.

## Soziale Rundschau.

Der Weberstreit in Cunewalde hat nunmehr 18 Wochen gedauert. Die Situation ist unverändert. Herr R. Kalau in Köslitz hat bis jetzt auf seine Interate erst zwei Arbeitwillige gefunden. Einer kam barfuß aus „Muttergrün“. Es werden wohl kaum noch mehr kommen, da die Streikenden alle erforderlichen Gegemaßregeln getroffen haben und trotz der schönen Lage des Cunewalder Thales niemand freiwillig zur Hungerkur nach dort kommt. Am 1. Juni waren 327 Streikende vorhanden, zu diesen kamen am 3. Juni die 26 Weberinnen, die sich den Streikenden anschlossen. Heute sind noch 333 Streikende zu verzeichnen, souach wieder 19 abgereist.

Wenn im Laufe der nächsten Woche vor dem Schiedsgericht keine Einigung erzielt wird, so muß der Kapitul weitergeführt werden, um die angekündigte Lohnreduktion von den 10 000 Lausitzer Textilarbeitern fernzuhalten, die naturgemäß sowohl auf die Lausitzer Arbeiterschaft, wie auf die gesamten in der Leinenindustrie Deutschlands beschäftigten Arbeiter zurückwirken würde. Darauf ist es notwendig, die versuchte Lohnkürzung der Cunewalder Fabrikanten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Arbeiter sind entschlossen, lieber auszuwandern als sich zu unterwerfen.

**Vorwurf gegen die Tabakfabrikanten in Nordhausen.** Eine Gewerkschaftsversammlung in Nordhausen beschloß einstimmig, das rücksichtlose Verhalten der Tabakfabrikanten mit der Verhängung des Boykotts über ihre Geschäfte zu beantworten. Der Boykott soll in erster Linie die Fabrikanten treffen, die die Unterzeichnung des Knebelvertrages fordern. Auch in anderen Städten haben sich schon die Gewerkschaften mit dem Boykott gegen die Nordhäuser Tabakfabrikanten beschäftigt. Eine ganze Anzahl Parteiblätter bringen Aufrufungen, keine Cigarren von Nordhäuser Tabakfabrikanten zu kaufen.

In Köln haben, wie uns unser K. Korrespondent von dort berichtet, die Bürgermeister am Freitag in einer stark besuchten Versammlung mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, anderen Tages die Arbeit auf sämtlichen Plätzen einzustellen. Die Zwangsummung der Kölner Zimmermeister hat trotz fünfmaliger Versuche sich nicht zu einer friedlichen Verhandlung bereit gefunden. Die Kölner Zimmergesellen sind zu 80 Prozent organisiert. Sie fordern 80 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit.

**z. Breslau, 9. Juni.** Die Beschäftigung polnischer Arbeiter unterliegt in Preußen vielfach behördlicher Kontrolle. Insbesondere in Schlesien müssen die Landwirte, Siegelsleger etc. auf Grund von Polizeiverordnungen, welche von den Regierungspräsidenten nach ministerieller Anweisung erlassen sind, ihre polnischen Arbeiter polizeilich anmelden; auch ist ihnen die Dauer der Beschäftigung solcher Arbeiter polizeilich vorgeschrieben. Der Breslauer Regierungspräsident hatte am 4. Mai 1900 bestimmt, daß polnische Ausländer als Arbeiter nur mit Genehmigung des Landrates bzw. der Ortspolizeibehörde beschäftigt werden dürfen und zwar allgemein nur in der Zeit vom 1. März bis 30. November jeden Jahres. Ein Landwirt, der solche Arbeiter über diesen Zeitpunkt hinaus beschäftigte, wurde vom Schöffengericht, wie vom Landgericht in einer Geldstrafe genommen. Auf eingelegte Revision hob jedoch der Strafenant des Kammgerichts dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Die Polizeiverordnung sei, so erklärte das Gericht, nur insofern rechtsbeständig, als sie die Meldepflicht den Arbeitgebern vorschreibe. Dagegen sei die Bestimmung, welche die Annahme ausländischer Arbeiter von polizeilicher

zu denen besonders die Landung einer Beobachtungsstation auf ein Jahr gehörte, behindern zu lassen. Die Schuld für die gängliche Verfahrenheit des Unternehmens, an dessen Gelingen Deutschland wegen des wünschenswerten Zusammenhangs der deutschen und englischen Expedition ein besonderes großes Interesse hat, ist der Royal Society in London zu Last zu legen, die die Selbständigkeit der wissenschaftlichen Arbeit der Expedition einer Formalität zuliebe preisgegeben hat.

nr. **Die Chemie der Nerven** haben Mott und Halliburton vor der Royal Society wichtige Neuigkeiten mitgeteilt. Schon früher hatten die beiden Forscher beobachtet, daß bei allgemeiner Gehirnlähmung, wie sie bei Geisteskranken stattfindet, die ausgeprägte Entartung des Gehirns von einer chemischen Veränderung der Gehirn- und Rückenmarkflüssigkeit begleitet ist. Diese Veränderung zeigt sich vor allem in dem Vorhandensein des sogenannten Gallenstoffs (Cholin), der als Verzerrungsvorprodukt verschiedener chemischer Verbindungen betrachtet wird und sich auch im Blute vorfinden kann. Jetzt haben jene beiden Gelehrten festgestellt, daß solche Veränderungen des Nervengewebes nicht nur bei der allgemeinen Lähmung der Geisteskranken, sondern auch bei verschiedenen anderen Nervenkrankheiten zu finden sind, so bei der durch Alkoholmissbrauch eintretenden Nervenentzündung, bei der rätselhaften asiatischen Krankheit Bert-Beri und anderen, bei denen sich auch der Gallstoff im Blute vorfindet. Ein Gehalt von Cholin im Blute ist auf chemischen Wege nachzuweisen, außerdem durch eine Prüfung des Blutdrucks, und seine Feststellung dürfte somit die Erkenntnis gewisser Nervenkrankheiten von großem Werthe sein. Die Forscher haben einen Gallenstoffgehalt im Blute auch künstlich bei Tieren durch eine Verschneidung von Nerven hervorufen können. Wenn bei einer Ratte die beiden Hüftnerven durchschnitten werden, arbeiten sie eine Zeit lang noch weiter und verlieren ihre Fleißbarkeit erst nach drei Tagen. Dann stellt sich bei ihnen ein zunehmender Gehalt an Wasser und ein abnehmender Phosphor ein bis, ihre Verzerrung vollständig geworden ist. Die Nerven können jedoch allmählich wieder gefunden, indem sie zu ihrer früheren chemischen Beschaffenheit zurückkehren. Der chemische Vorgang der Erkrankung besteht wahrscheinlich darin, daß sich das phosphorhaltige Fett in phosphorfreies verwandelt, daß dann von dem Organismus aufgezehrt wird und somit auch ins Blut gelangt. Eine solche Nervenentartung tritt bei den äußeren Nerven früher ein, als bei denen des Gehirns.

Genehmigung abhängig mache, rechtmäßigstig. Eine solche Bestimmung finde ihre Rechtsgrundlage weder in dem Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 noch in irgend einem anderen Gesetze.

Die preußischen Landwirte können nun also so viel polnische Arbeiter annehmen und sie so lange beschäftigen, wie sie nur wollen, wenn sie dieselben nur binnen drei Tagen nach ihrer Ankunft bei der Polizei anmelden.

In Rottbus haben infolge Maßregelung eines Kollegen sämliche organisierten Buchbinderei der Geschäftsbücherfabrik Otto Ende die Kündigung eingereicht. Zugang ist zu vermeiden!

Der Maurerstreit in Mailand ist nach einer Wolff-Meldung beendigt, nachdem zwischen den ausständigen Maurern und den Arbeitgebern ein Vergleich zu stande gekommen ist. Die Maurer werden heute Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Rechnungsbeschluß der Sächsischen Staatsbahnen für das Jahr 1900 giebt der Nationalzeitung Anlaß zu der Bemerkung: „Angesichts der nicht unerheblichen Ersparnisse am gesamten persönlichen Aufwand sei zu hoffen, daß sie nicht auf Kosten der Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit der Bahnen erfolgt sind; anderenfalls wären sie entschieden zu verwerfen.“

Darauf antworten die Dresdener Nachrichten mit folgender Verhinnelung der sächsischen Eisenbahnverwaltung: „Die Nationalzeitung kann sich darüber beruhigen. Mit Ausnahme ihres Korrespondenten zweifelt in Sachsen gewiß kein Mensch (Na, na! Ned. d. Volksztg.) daran, daß bei allen Maßnahmen unserer Staatsbahnenverwaltung die Rücksicht auf Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit in erster Linie steht. Mit ihr vereinbart sich aber sehr wohl eine wirtschaftliche Gebarung, die das Zeichen einer vernünftig geleiteten Verwaltung ist, ganz gleich, ob sie einer wohlgefüllten oder einer notleidenden Staatskasse zu gute kommt.“

Der uns vorliegende Rechnungsbeschluß läßt auch einen Vergleich zwischen den Ergebnissen der Jahre 1899 und 1900 im einzelnen zu. Danach stehen der Mehreinnahme im Jahre 1900 von 5,92 Mill. Mf. 5,04 Mill. Mf. Mehrausgaben gegenüber. Unter diesen befinden sich rund 1½ Millionen mehr an Gestalten, Löhnen &c. und darunter wieder über 400 000 Mf. mehr für Wohlfahrtszwecke. Von 1898 zu 1899 war dieser persönliche Aufwand um über 4 Mill. Mf. gestiegen. Das eine Mindeerausgabe an Gehalten, Löhnen &c. gegenüber der beträchtlichen Verkehrszunahme nicht möglich ist, leuchtet ohne weiteres ein. Die sparsame Wirtschaft ergiebt sich aber aus der möglichen Steigerung dieser Ausgaben um 1½ Mill. Mf. von 1899 zu 1900. Hierbei ist aber noch eins zu beachten. Die Generaldirektion der Staatsbahnen hat im Jahre 1900 vielfach Vorfahrungen getroffen, die eine Vereinfachung der Geschäfte und vor allem eine Abminderung des Schreibarbeits bezeichnen. Die dadurch ersparten Arbeitskräfte sind aber nicht — wie dies seiner Zeit in Preußen geschah — ohne weiteres abgeschoben worden, sondern man verwendet sie als Erfaß im Falle des natürlichen Abgangs. Dass auf diesem Wege eine Ersparnis langsamer und mäfiger zur Geltung kommt, ist begreiflich, vom humanitären Standpunkt aus aber nur zu preisen. Jedenfalls besteht in Sachsen das vollste Vertrauen zur Staatsbahnenverwaltung und besonders zur sächsischen Generaldirektion, die sich schwerlich in ihrem erfolgreichen Bestreben irre machen läßt, die Ansprüche des Verkehrs und die Notwendigkeit wirtschaftlicher Gebarung auch ferner in vernünftigen Einflang zu bringen. Und das glauben wir auch behaupten zu können, daß im sächsischen Volke und in maßgebenden politischen Kreisen keine Neigung besteht, die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen in anderen Händen zu sehen, als den jetzigen, die das sächsische Staatsbahnenamt zu einer im übrigen Deutschland unerreichten Entwicklung und Blüte gebracht haben.“

Wir sind im Gegenteile zu den Dresdener Nachrichten der Meinung, daß der größte Teil der sächsischen Bevölkerung sich vollständig klar ist darüber, daß die bei dem Conto persönlicher Aufwand erzielten Ersparnisse gemacht worden sind auf Kosten der Betriebssicherheit. Man weiß ja, wie es gemacht wird. Das Personal ist vielfach vermindert und die Arbeiter und Beamten gezwungen worden, die verbleibende Arbeit mit zu verrichten. Wenn es nicht so wäre, hätten auch die Ersparnisse an dem Gehalts- &c. Conto nicht so außerordentlich groß sein können. Die Dresdener Nachrichten werden mit ihren Vorwürfungen der sächsischen Eisenbahnverwaltung nur diejenigen überzeugen, die es gerne glauben.

**Eine Zierde der Centrumspartei.** Die Sächsische National-liberale Korrespondenz schreibt: „Der seiner Zeit in Großhain das übelste Aussehen erregende, politisch und bürgerlich völlig zusammengebrochene Freiherr v. Schorlemer-Alst hat sich Traustein in Bayern zum Feste neuer politischer Thätigkeit erwählt. Er steht dort an der Spitze eines ultra-montanen sogenannten Volksvereins, um mit jener Leidenschaftlichkeit politisch Anderthalbende zu bekämpfen, die damals bei seinem Zusammenbruch mit die Unterlage für ein wegen böswilliger Wechselausgelegenheiten sehr notwendiges Entmündigungsverfahren abgab. Da Bayern nicht aus der Welt und von Sachsen nicht so weit entfernt liegt, daß die Centrumspartei über die mit dem Namen des Freiherrn v. Schorlemer verknüpften Vor kommisse nicht unterrichtet sein sollte, so scheint sie hier im Sinne ihres im Reichstage gestellten „Antrages“ eine Toleranz zu üben, die ihr allerdings von keiner Seite streitig gemacht werden wird.“

v. Schorlemer war in Sachsen ein eifriger Agitator der Konservativen. Als er wegen Wechselfälschungen prozeßiert werden sollte, stellte sich plötzlich ein geistiger Desulto heraus, der zur Folge hatte, daß das Verfahren eingestellt wurde. Bald wurden aber von dem Herrn Baron Dinge bekannt, die seine Unzurechnungsfähigkeit doch in einem Lichte erscheinen ließen, die die vorher gekauerten Zweifel immer noch mehr bestärkten. Damals hieß es auch, Herr v. Schorlemer sei für immer politisch tot. Auch diese Voraussage hat sich nicht bestätigt; der Herr hat nur den Schaulauf seiner politischen Heldenhaten verlegt und damit zugleich einen Geheimnisswechsel verbunden, denn in Sachsen bekannte sich der konervative Heizsporn zu einem recht gemäßigten Ultramontanismus und hat diese seine Aussicht auch einmal in einem besonderen Flugblatt dargethan.

Trennung der Gewerbeämtern von den Handelskammern. Das Vaterland schreibt: „Mit großer Genehmigung nimmt man in Leipziger Handwerkerkreisen wahr, daß in neuerer Zeit die Bestrebungen, die auf eine Trennung der Gewerbeämtern von den Handelskammern abzielen, von Gewerbetreibenden Unterstützung finden, die sich bisher ablehnend verhielten. Zur Zeit sind beide Kammern nur in Leipzig getrennt, während sie in Dresden, Chemnitz, Plauen und Bitterfeld eine einzige Körperschaft bilden. Die kleinen Gewerbetreibenden machen geltend, daß in diesen Korporationen der Einfluß des Großkapitals maßgebend sei, ihren Interessen aber die wünschenswerte Berücksichtigung darin nicht zu teilen scheint, und deshalb regeln sie wiederholt die Errichtung selbständiger Gewerbeämter an. Bis vor kurzer Zeit standen viele Handwerker dieser Bewegung fühl gegenüber, jetzt aber beginnen sie sich zu richten. Bezeichnung zu dieser Wendung gab die Stellungnahme der Handelskammern zu den Konsumvereinen und Warenhäusern. Die Vertreter des Großhandels halten ein Vorgehen mit gesetzlichen Maßnahmen gegen Unternehmungen dieser Art weder für notwendig noch überhaupt möglich, während die kleinen Gewerbetreibenden durch deren Eindämmung vor dem drohenden Untergange Rettung erhoffen.“

Die Interessen der großen Industrie und des Handels stehen denen des rückständigen Kleingewerbes allerdings meistens direkt entgegen.

**Der „unzittliche“ Pfarrer Günther,** der das „Beck“ hatte, daß seine junge Gallin nach sechsmonatiger Ehe eines minderen Knäbleins genas, und darum aus seiner Stellung verdrängt wurde, ist jetzt wieder als Pastor und zwar in Wilsdruff angestellt. Zuerst sollte er zur Strafe für sein schweres Verbrechen nur als Schulmeister zu Lehren befähigt sein. Die strengste Kirchenbehörde scheint erfreulicherweise ihre Meinung geändert zu haben.

**Beteiligung der Gewerbeinspektionen in Baupolizeiangelegenheiten nach § 5 der Ausführungsverordnung zum allgemeinen Baugesetz.** Das Ministerium des Innern hat aus Anlaß einer ihm vorgetragenen Meinungsverschiedenheit gefunden, daß die Bürgermeister in mittleren und kleineren Städten, Gemeindevorstände und Gutsvorsteher, denen, bezw. nach Maßgabe von § 147 des allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900, Geschäfte der Baupolizei übertragen worden sind, in allen im § 5 der Ausführungsverordnung näher bezeichneten Fällen — soweit sie der baupolizeilichen Einschließung der genannten Gemeindeorgane überhaupt unterliegen — die eingesetzten Gewerbeinspektionen zur Begutachtung mitzutun haben. Die Gewerbeinspektion hat hierauf ihre Gutachten zu erstatten und die Sachen unter Beifügung ihrer Kostenberechnung der zuständigen Amts-hauptmannschaft zu übermitteln, welche im Hinblick auf die Vorschriften in § 120 d. der Gewerbeordnung darüber, ob den Vorschlägen der Gewerbeinspektion Folge zu geben ist, selbst instanzmäßige Entscheidung zu fassen und solche der Baupolizeibehörde zur Mitberücksichtigung bei der zu erledigenden Baugenehmigung sowie zur Mitteilung der von der Gewerbeinspektion für die Staatsklasse in Anlaß gebrachten Kosten zu eröffnen hat.

**S. Dresden, 10. Juni.** In der Fassade eines Neubaus auf der Silbermannstraße wollen die Eigentümer, die Firma Karl Fuhrmann u. Comp. in einer Nische die 2½ Meter hohe Bildsäule des Präsidenten Krüger anbringen. Die Konsole, auf der die Figur ihren Stand erhält, besteht aus einer verzerrten und zusammengefauerten Gestalt, die den englischen Minister Chamberlain darstellt. Der hiesige englische Ministerresident hat vertraulich Schritte unternommen, um die Ausführung dieses Werkes internationaler Unhöflichkeit zu verhindern. Wahrscheinlich wird die Polizei wenigstens die Abbringung der Chamberlain-Karikatur an dem Burenhause verbieten, schon aus Rücksicht auf den Charakter Dresdens als internationale Fremdenstadt. Die amerikanische und englische Fremdenkolonie zählen je 1000 Mitglieder.

Der Dresdener Spar- und Bauverein soll sich mit dem Gedanken tragen, den durch die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine berichtigigt gewordenen Revers einzuführen. In einer jüngst erschienenen Agitations Broschüre des Vereinsvorstandes, Landgerichtsdirektor Dr. Becker, kommt ein Passus vor, der allerdings nach Reversplänen schmeckt. Es heißt dort, in dem Spar- und Bauverein müsse dafür Sorge getragen werden, daß nicht, wie es bei anderen sozialen Einrichtungen der Fall gewesen ist, sich die staatserhaltenden Elemente von der ihnen zufallenden Führung und Mitarbeit verdrängen lassen.

**Chemnitz, 9. Juni.** Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts war angeklagt der noch unbestrafte Chefredakteur der hiesigen Neuesten Nachrichten &c. &c. Es handelt sich um einen in sächsischer Mundart geschriebenen „Brief“ mit der Überschrift: Debbschen und Lebbchen, der Vorgänge im hiesigen Landgerichtsgebäude humoristisch-satirisch besprach, wodurch sich sowohl der betreffende Beamte als auch der Landgerichtspräsident Frei beleidigt fühlten. Letzterer hatte den Strafantrag gestellt. In dem „Briefe“ war der Botenmeister Herr Hinig beschuldigt, auf Instruktion hin das Publikum in barscher und unzulässiger Weise behandelt zu haben. Der Angeklagte übernahm die Verantwortung für den Artikel. Der Verfasser sei er nicht, er nenne aber den sonst überlässigen Schreiber nicht. — Botenmeister Hinig als Beleidigter bekundet, daß die Instruktion dahin lalte, daß sich das Publikum während der Pausen oder bei Ausschlus der Öffentlichkeit nicht innerhalb des Gerichtsgebäudes aufhalten dürfe, namentlich nicht in den Wandelpäppen. Dieselbe Instruktion beziehe sich auch auf die Berichterstatter der Presse. Namentlich sei ihnen verboten, sich im Zeugen- oder Telephonzimmer oder in den Zugängen zu diesen aufzuhalten. Aus diesem Grunde sei auch der Berichterstatterlich im Verhandlungssaale der Strafkammer von seinem früheren Platz entfernt und in den Aufenthaltsraum für das übrige Publikum gestellt worden, damit der Verkehr durch und mit den Beamten &c. nicht stattfinde. Ein besonderes Zimmer für die Zeitungsreporter sei hier nicht vorhanden. — Der Zeuge Redakteur Ficker führte einige Fälle an, wo ihm das Verhalten des Botenmeisters Hinig als über das Maß des Erlaubten hinausgehend erschien sei. Namentlich sei ihm der barsche, kurze Ton des Publikums gegenüber aufgefallen. Zeuge Hinig bemerkt hierzu, er sei Soldat gewesen und sei den knappen Ton gewöhnt. Daz er laut spreche, sei nötig, damit das ganze Publikum die Anordnungen verstehe. Es werden noch mehrere Zeugen vernommen, die aussagen, daß ihnen der Ton Hinigs nicht gepaßt habe. Der Verteidiger führt aus, daß die Ver-

anlassung zu dem Artikel in der Missstimmung zu suchen ist, die die Berichterstatter ergriffen habe bei den sie betreffenden präsidialen Anordnungen, die sie auf den Beugen Hinig zurückführen zu sollen glauben. Der Wahrscheinheitsbeweis sei allerdings nicht so erbracht, wie es wünschenswert sei, immerhin sei so viel von den Beugen vorgebracht worden, um den Artikel zu rechtfertigen. Das Urteil lautete auf 100 Mf. Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Aus dem Urteil ist herzoverzehen, daß als erschwerend ins Gewicht gefallen ist, daß der Artikel in humoristischer Weise geschrieben war, woraus die beleidigende Absicht herborgehe. Der Schutz des § 193 komme dem Angeklagten in diesem Falle nicht zu gute.

**Zwickau, 9. Juni.** Heute nachmittag 3 Uhr wurde hier unter dem Ehrenvorsitz des Grafen Joachim v. Schönburg-Glauchau eine von 1500 Personen besuchte sächsische Katholikenversammlung abgehalten und von dem Vorsitzenden Kammerrat Ros aus Glauchau mit einem dreifachen Hoch auf den Papst, den Kaiser und König Albert eröffnet. Danach sprach der ehemalige Reichstagabgeordnete Nagus. Die Reden gipfelten darin, daß Bekennnis der Katholiken zu befinden, für ihre Rechte, den Toleranzantrag zu einzutreten. Es wurden Ergebnistelegramme an den Kaiser, König Albert und Bischof Dr. Wahl abgesandt.

**Neukasten, 9. Juni.** Neben das Schulwesen in unserer Stadt ist eben ein Bericht veröffentlicht worden, der ein großes Streitlicht auf die Klassenbildung in unserem Gegenwartstaat wirft. Nach dem Bericht kommen bei der Volksschule auf jede Lehrkraft 75 bis 70 Schüler. Bei der Sekunda, einer besonderen für schulpflichtige Kinder errichteten Schule, kommen aber auf jede Lehrkraft nur 15 Schüler! Obgleich nun noch Tage der Sache nur die Kinder der Vermögenden die Sekunda besuchen können und die Ärmsten nicht immer die befähigtesten sind, erhält diese Schule noch einen Zuschuß von der Stadt von einigen Tausend Mark jährlich, wozu natürlich auch diejenigen beitragen müssen, deren Kinder die Sekunda nicht besuchen können.

**Kamenz, 9. Juni.** Genosse Bschiedrich, Gemeinderatsmitglied in Breiting, erhielt durch einen Beamten der Amts-hauptmannschaft die amtliche Mitteilung, daß die Verordnung, wonach die Gemeinderatswahl vom 9. Dezember v. J. für ungültig erklärt worden ist, sich auch auf die Wahl der Unwähligen erstreckt, die am gleichen Tage stattfand, und daß somit 3. nicht mehr zu den Gemeinderatswahlen zu bestellen sei. Dabei ist von keiner Seite gegen die Wahl unseres Genossen Protest erhoben worden. Von 304 stimmberechtigten Einwohnern wurden für 3. 181, für den Gegenkandidaten 85 Stimmen abgegeben. Es ist wohl so gut wie sicher, daß unser Genosse wiedergewählt wird, falls eine Beschwerde ans Ministerium keinen Erfolg haben sollte.

**Kleine Nachrichten aus dem Bunde.** Das Schwurgericht in Chemnitz verurteilte am Freitag den Fleischhändler Paul Otto Schnabel aus Penig wegen Meineids und Anslösung dazu zu 4 Jahren Büchters und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust. Die Ehefrau Schnabels wurde wegen Meineids, die sie auf Veranlassung ihres Mannes getötet, zu 1 Jahr Büchters und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Durch die Pflichtvergeßlichkeit eines Dienstmädchen in Rottendorf konnte in der Nacht zum letzten Montag dort großes Unglück geschehen. Die Dienstherhaft war abwesend und hatte während dieser Zeit dem Mädchen die kleinen Kinder besonderer Obhut empfohlen. Am Mittwoch nach diesem Auftrage nachzukommen, war das Mädchen, nachdem die Kinder eingefangen waren, fortgegangen und hatte sich auf den Tanzboden begaben. Im Schlaf mag nun eines der Kinder die brennende Petroleumlampe vom Tische gestoßen haben, wodurch eine Entzündung des Petroleum- und Inbrandsetzung eines Sofas und eines Bettes erfolgte. Zum Glück bewerkte ein im Hause wohnender Geschäftsführer den hellen Schein und die große Gefahr, in welcher die Kinder schwelten, rechteitig. Durch schnelle und energische Einzelnen gelang ihm die Erstickung des Brandes, ehe der breite größere Umfang angenommen hatte, und wurde der Mann durch seine Entschlossenheit zum Retter der Kinder. — In Wüstenbrand haben in einer der letzten Nächte aus einer Wohnung unbekannte Einbrecher eine Kassette gestohlen, die außer anderen Wertpapieren 11 Einhundertmarkscheine der Bauhüner Bank, 2 Bankversicherungspolice und 2 Sparfassenbücher, auf 1662,50 Mf. lautend, enthielten. — Vom Postamt Kirchberg hat sich ein jüngerer Beamter ohne Urlaub entfernt. Nach der Unterforschung liegen dienstliche Vergehen nicht vor. Man bringt seine Entfernung aber mit einer in der letzten Zeit vorgefallenen Strafenscne in Verbindung, wobei eine ältere Frau aus Saupersdorf mit dem Stocke geschlagen wurde.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

**R. Wurzen, 9. Juni.** Jubiläum. Ein alter treuer Parteidienst und Anhänger seiner Gewerkschaft, Maurer Hermann Endwig, „feiert“ am 10. Juni sein 50-jähriges Jubiläum. Es ist ihm also vergönnt gewesen, 50 Jahre im Dienste des Kapitals fröhnen zu dürfen. Die Maurerorganisation feierte dieser halb am heutigen Tage unter zahlreicher Beteiligung Sommerfest verbunden mit Kommers. Der Jubilar wurde zum Ehrenmitglied der Organisation ernannt und ihm ein prachtvolles Diplom überreicht.

**Halle a. S., 9. Juni.** Die Altiengesellschaft Zoologischer Garten hat kürzlich beschlossen, wie die anderen bürgerlichen Blätter, so auch das Volksblatt als Publicationsorgan zu nehmen. Nun sieht man in einem Bericht über eine Versammlung des Konseriativen Vereins: „... Es wird dann bemerkt, daß in der Generalversammlung der Altiengesellschaft Zoologischer Garten, welche am 3. d. M. abgehalten worden ist, der Antrag, daß sozialistische Volksblatt als Publicationsorgan der Gesellschaft wieder zu streichen, nicht die Majorität gefunden habe. Der Stadt Halle verbleibt also der Altm., die erste Stadt im Deutschen Reich zu sein, welche die Gleichberechtigung eines sozialistischen Blattes praktisch durchgeführt habe. Die Herren des Vorstandes, welche dem höheren Beamtenstand und dem Reserveoffizierkorps angehören, würden natürlich, so wurde hervorgehoben, die Konsequenzen hieraus ziehen.“ Mögen die Herren die Konsequenzen ziehen! Der Zoologische Garten reflektiert —, natürlich auch auf die finanzielle Unterstützung der Arbeiter. Und dann liegt es einfach im Interesse der Gesellschaft, seine Publications auch dem Volksblatt zufommen zu lassen. Die Theater und Varietés machen es ja auch so. Warum soll es beim Zoologischen Garten nicht so sein. Die ausgestellten Tiere werden doch deshalb nicht, wie gewisse Leute, wild werden, wenn das Volksblatt Publicationsorgan ist.

**Menselwitz, 8. Juni.** In der hiesigen Gegend sind in den letzten Tagen bedeutende Bodensenkungen eingetreten. Bei Zipsendorf ist ein Teil der südlichen Menselwitz-Zeiter Chaussee in die Tiefe gegangen, so daß der Verkehr, namentlich der Fahverkehr, ein lebensgefährlicher ist. Der



